

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Verantwortlicher: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Versand-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Das Beitragsjahr geht bald zu Ende. Erfülle jeder vorher seine Pflicht!

Inhalt: Die Phrase von der „Staatserhaltung“. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bericht. Der christliche Bauhandwerkerverband im ersten Halbjahr 1908. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Submissionen usw. — Das Baugewerbe in Berlin. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Kulturkriterien Kohle und Eisen.

Die Phrase von der „Staatserhaltung“.

Schon lange bevor die Sozialdemokratie entstanden war, spielten die Worte „staatserhaltende Politik“ und „staatserhaltende Partei“ eine bedeutende Rolle in den politischen Kämpfen, und zwar gegenüber dem Liberalismus. Dieser erfährt einst — in seiner Jugendzeit, als ein Teil des Bürgertums sich noch wirklich und ernsthaft zu freizeitlichen Grundfähigkeiten bekannte — seitens der reaktionären Gewalten und ihrer Helfershelfer genau dieselbe Behandlung, wie sie nun bereits einige Jahrzehnte hindurch die Sozialdemokratie erfährt. Der Staatsmann Mitternisch, welcher bis zur Revolution 1848 die Geschichte der deutschen Nation in unheilvollster Weise beeinflusste, bezeichnete seine auf gewalttätige Unterdrückung der Ideen und Bestrebungen des Liberalismus gerichtete Politik als eine „staatserhaltende“. Nach den Verbündungen dieser Politik war es ein Verbrechen wider die göttliche und menschliche Ordnung, sich zum Liberalismus zu bekennen; es wurde die große Lüge konstruiert, der Liberalismus sei ein unversöhnlicher Feind aller Ordnung; er wolle „alle Autorität“, alle „Grundlagen des Staates“, die Religion, die Familie, die Ehe, das Eigentum, vernichten und einen „Zustand wilder Anarchie“ herbeiführen. Von all den ordnungspolitischen Phrasen und Lügen, die heute gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden, ist keine einzige, die nicht schon in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen den Liberalismus erhoben worden wäre.

Das Jahr 1849 sah den Bankrott dieser „staatserhaltenden Politik“; was sie hauptsächlich hatte verhindern wollen, trat ein: an die Stelle des absoluten monarchischen Regiments trat, wenigstens der Form nach, das konstitutionelle Staatswesen.

In jene Zeiten zurück führt das Gebaren des mit den reaktionären Gewalten immer engstens verbunden gewesenen Konservatismus, sich als das „einzige richtigere staatserhaltende Element“ auszugeben. Er hat früher und gelegentlich auch noch in neuester Zeit keine andere Partei als „staatserhaltend“ neben sich anerkannt. Den Liberalismus, die liberale Wissenschaft, die liberale Gesetzgebung, die liberalen staatlichen Institutionen hat er immer als „verfallend“, als mit der Erhaltung des Staates und der staatlichen Ordnung unvereinbar beschaffen. Das haben wir gelegentlich der sogenannten „Umsturzvorlage“ im Reichstage erlebt. Da war der Konservatismus mit dem Ultramontanismus einig in der Behauptung: man könne nicht der Sozialdemokratie erfolgreich befehlen, wenn man sich nicht die Bekämpfung des Liberalismus, welcher die „Quelle des Umsturzgeistes“ sei, angelegen sein lasse.

Aber auch dem Ultramontanismus gegenüber hat der Konservatismus oft, besonders in den Zeiten des Kulturkampfes, seine vorgebliche Mission, „den Staat vor

Verfallung durch feindliche Mächte zu schützen“, geltend gemacht.

Der Liberalismus hingegen hat nicht minder nachdrücklich geltend gemacht, daß der Staat um seiner Selbst-erhaltung willen nicht paktieren dürfe mit Junkertum und Pfaffen-tum.

Solange die bürgerlichen Parteien es nur untereinander zu tun haben, erhebt jede von ihnen der anderen gegenüber den Anspruch, daß sie allein als „wahrhaft staatserhaltend“ zu erachten sei. Noch entschiedener tritt mit diesem Anspruch jede dieser Parteien der Sozialdemokratie entgegen. Jede von ihnen bezeichnet sich, besonders im Wahlkampfe, als die „wahrhaft staatserhaltende“ Partei, die gewillt und fähig ist, die „Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie“ erfolgreich zu bekämpfen. Bei Bekämpfung der Sozialdemokratie pflegt nicht selten der Widerstreit zwischen den staatserhaltenden Parteien scheinbar zu verschwinden. Die längst zum Gespött aller vernünftigen Menschen gewordene „Sammel-politik“, auch die aus der Reichstagsauflösung von 1906 erwachsene famose „Mischpolitik“ beruht bekanntlich auf dem Glauben, sämtliche bürgerliche Parteien zwecks Niederwerfung der Sozialdemokratie zu vereinigen, Wahl-taktische oder „Ordnungsparteien“ zu schaffen, um den Sozialdemokraten die Erringung von Reichstagsmandaten unmöglich zu machen. Da geht man freilich mit der Phrase „Zusammenschluß aller staatserhaltenden Elemente gegen den Umsturz“. Solch ein Zusammenschluß findet denn auch gelegentlich wirklich statt. Während Liberale und Kon-servative, Ultramontane und Liberale usw. in dem einen Wahlkreise einander unter Geltenbdmachung „staatserhal-ter“ Grundsätze aufs heftigste bekämpfen, machen sie als „gesammelte staatserhaltende Elemente“ in anderen Wahlkreisen gemeinsam Front gegen die „umstürzlerische“ Sozialdemokratie. Selbst der Freisinn hat diese „Ordnungs-politik“ schon häufig mitgegeben, indem er, so besonders bei den letzten Reichstagswahlen, dem Kandidaten der reaktionären Parteien über den der Sozialdemokratie zum Siege verhalf. Die Fortschrittswissenschaften streben mit der Phrase von der „Staatserhaltung“ einen ebenso argen Gumbig, wie die Konservativen, Nationalliberalen, Ultra-montanen, besonders wenn sie mit ihrer Fäule vom „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ Lören und Unwissende für sich zu gewinnen suchen.

Nicht eine einzige der sogenannten „Ordnungsparteien“ ist in Wirklichkeit das, wofür sie sich mit dem Worte „staatserhaltend“ ausgibt. Jede von ihnen will durchaus nicht den Staat, wie er ist, erhalten; jede möchte in der staatlichen Organisation und Verwaltung erhebliche Verände-rungen durchführen; jede möchte das ganze Staatswesen so umgestalten, wie es den von ihr vertretenen Interessen entspricht.

Stände die Macht der Entscheidung über die Frage, wie der Staat beschaffen sein soll, beim Konservatismus, so würden wir den reinen Polizeistaat mit einem durch Oberherrschaft des Junkertums eingeschränkten monarchischen Absolutismus bekommen.

Gäbe der Ultramontanismus die Entschei-dung, so würde eine rücksichtslose Priesterherr-schaft alle staatlichen Einrichtungen und Verhältnisse dem Interesse der Kirche unterordnen.

Käme der Liberalismus zur uneingeschränkten Herrschaft, so würde der Staat mit all seinen Institu-tionen einen wesentlich anderen Charakter aufgeführt er-halten, der der kapitalistischen Ausbeutung noch mehr Spiel-raum lassen würde. Bei der Neugestaltung des Staates

durch irgend eine der „staatserhaltenden“ Parteien würde die bestehende Staatsordnung gründlich umgestürzt wer-den. Je nachdem, welche dieser Parteien die Neugestaltung bewirkte, würden die wichtigsten politischen Grundrechte des Volkes entweder gänzlich oder teilweise vernichtet wer-den: das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das Koalitions-recht, das Vereins- und Versammlungrecht, das Recht der Freizügigkeit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit usw. Die reaktio-nären Parteien sind ja bekanntlich schon lange ganz offen-am Werke, diese Rechte und Freiheiten zu untergraben und zu vernichten. Auch der „Freisinn“ bietet seine Ge-währ mehr, sie ernsthaft und ehrlich zu verteidigen.

Sämtliche bürgerliche Parteien, vom Ultra-Kon-servatismus und Ultramontanismus bis zum „Freisinn“ sind Vertretungen der Sonderinteressen herrschender Stände und Klassen resp. privilegierter Schichten, die den Staat als Werkzeug ihrer Interessenherr-schaft betrachten und ihn möglichst diesen Interessen dienstbar machen, was nicht möglich ist ohne die schändlichsten und gemeingefährlichsten Ungerechtigkeiten gegen das ar-beitende Volk. Unsere „Ordnungspolitiker“ arbeiten, be-sonders auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, durch Reichszölle und indirekte Steuern, durch Liebesgaben usw. zum Vorteil von Schmarogerlliquen, durch Auspöckerung der ehrlichen Arbeit für den Militarismus und Marinis-mus, durch Steigerung der Reichsschuldenlasten, durch ge-fährliche Vernachlässigung oder gänzliche Abweisung der Kulturaufgaben usw. beständig am Ruin des Staates und der Nation. Aber mit all der Frechheit, die selbst das Bewußtsein der eigenen Ungerechtigkeit und der eigenen Schande nicht respektiert, treten diese Politiker immer wieder aufs neue vor die Volksmassen mit der Lüge, sie wollten „staatserhalten“ wirken gegen den „sozialdemo-kratischen gewalttätigen Umsturz“. Sie legen der Sozial-demokratie eine Absicht an, die diese nicht hat und ihren ganzen Grundsatzen nach gar nicht haben kann. Die Sozialdemokratie will die organische Entwicklung, und zwar eine Ent-wicklung auf dem Boden der Freiheit, zu einem besseren, gerechteren Staats- und Gesellschafts-wesen, in welchem die unverwundbaren Rechte der Arbeit ihre uneingeschränkte Anerkennung und Verwirklichung finden — eine Entwicklung, wie sie der wahren Natur und den natürlichen Aufgaben der menschlichen Gemeinschaft entspricht. Das heutige Staatswesen muß im Zuge der organischen Entwicklung sich auflösen, muß zerfallen und Platz machen einer höheren Organisation, die den geistigen und geläuterten Begriffen politischer, wirtschaft-licher und sozialer Gerechtigkeit entspricht.

Wer, der alles das weiß und genau erwägt, kann sich täuschen lassen durch die elenden Schlagworte „staats-erhaltende Politik“ und „staatserhaltende Parteien“, die unsere „Ordnungspolitiker“ immer wieder anwenden?

Politische Umschau.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstages steht bevor. Gegen Ende des laufenden Monats wird zunächst die zur Vorberatung der Gewerbeordnungsnovelle eingeleitete Kommission ihre Tätigkeit wieder beginnen. Das Plenum tritt am 4. November zusammen. Es wird das die 163. Plenarsitzung in laufender Session sein. Auf der Tagesord-nung stehen nicht weniger als 52 Beschlüsse der Kommission für die Petitionen, darunter folgende drei: Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstand; Schuß von Arbeitswilligen; Beschäftigung ausländischer Arbeiter mit Reichsarbeiten.

Der Reichstag nimmt eine Reihe größerer gesetzgeberischer Arbeiten aus dem vorigen Tagungsabschnitt in den bevor-

stehenden hinüber. Es sind außer der schon erwähnten Gewerbeordnungsnovelle die Entwurfe über die Sicherung der Bauvorhaben, des Viehseuchengesetzes, des Wildschadensgesetzes und der Feuergefehrung der Reichsfeuerpolizei. Alle diese Entwurfe sind nach dem Willen des Reichstages nicht erledigt, es dürfte eine Erledigung erst im nächsten Jahre zu erwarten sein. Die Entwurfe über die Sicherung der Bauvorhaben sind durch die Neuerungen, die auf dem Gebiete der Bauwirtschaft bei der Reichsfinanzreform geplant sind.

Die drei danach noch verbleibenden Entwurfe, die Gewerbeordnungsnovelle, die Viehseuchengesetznovelle und der Entwurf über die Bauvorhaben, sollen jeder für sich umfangreiche und schwierige Gesetzgebungsmaterien darstellen, deren Erledigung im Reichstage noch recht lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Unter den neu zu erwartenden Vorlagen stehen natürlich die des Herrn Ebdow, betreffend die Reichsfinanzreform, im Vordergrund. Auf sie wird sich das allgemeine Interesse konzentrieren.

Unter den sonstigen Vorlagen, die dem Reichstage bei Beginn der Wiedereröffnung der Sitzungen zugehen werden, dürfte sich nach der „Berl. Volk. Korresp.“ auch ein Gesetzentwurf über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh befinden. Die Anregung zu diesem Gesetze hat der Reichstag selbst gegeben, der in der Sitzung vom 12. März d. J. mit großer (agrarischer) Mehrheit eine Resolution annahm, wonach der Reichstagler um Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Einführung der Preisfeststellung nach Lebendgewicht ersucht wird.

Wie verlautet, besteht die Absicht, Einrichtungen zu treffen, die es ermöglichen, unter Schonung der bestehenden Handelsgebräuche, neben der bisherigen Preisermittlung eine Festsetzung der Preise nach Lebendgewicht durchzuführen. Die Preisgeber ziehen den Verkauf nach Schlachtgewicht vor, weil er rationeller ist. Aber die Agrarier drängen schon seit langem auf den Verkauf nach Lebendgewicht.

Das Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung ist, wie eine Korrespondenz von zuständiger Seite hört, bereits vollständig fertiggestellt und wird gemeinsam mit den drei Versicherungsgesetzen im Monat November dem Bundesrat zugehen. Es besteht die Absicht, drei Tage nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform die neuen Versicherungsgeetze zur Beratung vorzulegen, da die Regierung großen Wert auf ihre baldige parlamentarische Erledigung legt. Dagegen wird mit Sicherheit angenommen, daß das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten dem Reichstag in dieser Session nicht mehr beschaffen wird, da zwischen den beteiligten Kreisen eine Einigung über die Grundzüge der Versicherung bisher nicht zu erzielen war.

Die Grundzüge des Gesetzes über die Witwen- und Waisenversicherung stammen aus dem Jahre 1904 und wurden von dem jetzigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, der damals im Reichsamt des Innern war, gemeinsam mit dem früheren Staatssekretär Bolowoschew entworfen. Diese Grundzüge hat auch der gegenwärtige Staatssekretär v. Weismann-Holweg zum Vorbild genommen und das Gesetz ganz im Sinne des ursprünglichen Entwurfs ausgearbeitet. Bekanntlich wurde durch § 15 des neuen Sozialgesetzes vom 25. Dezember 1902 der durch die Erhebung der Höhe aus Licht und Getreide einnehmende Wertbeitrag zu einem Grundkapital für die Witwen- und Waisenversicherung bestimmt, das bis zum Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes vom Reichsversicherungsamt verwaltet wird. Die Höhe der eingehenden Beiträge wird naturgemäß in hohem Maße abhängig von den guten oder schlechten Ernten im Inlande. Bisher sind nun die jährlichen Vorschläge nicht erreicht worden, da die Getreide- und Viehpreise hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Auch im Etatsjahre 1908/09 dürfte dies der Fall sein. Der Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung wird am 1. Januar 1910, an dem das betreffende Gesetz in Kraft treten soll, 100 Millionen Mark betragen.

Eine internationale sozialistische Konferenz hat Mitte dieses Monats in Brüssel stattgefunden. Vertreter waren fast alle dem Internationalen Bureau angehörenden Parteien, Deutschland durch Molinier und Kautsky. Zunächst wurde verhandelt über die Zulassung der „Arbeiterpartei“ Englands zu den internationalen Kongressen. Der Delegierte Bruce Glasier bemerkte dazu, es sei un-

begreiflich, daß man diese beträchtlichen Arbeitergruppen Englands ausgeschlossen habe unter dem Vorwande, sie seien nicht sozialistisch. Die englische Arbeiterpartei habe eine gegen die bürgerlichen Parteien gerichtete Taktik und unterstütze die sozialistischen Kandidaten. Nach längerer Diskussion gelangte folgende von Kautsky beantragte Resolution zur Annahme:

„Im Hinblick auf die bisherigen Verhältnisse der internationalen Kongresse, die alle Organisationen umfassen, welche auf dem Boden des proletarischen Kampfes stehen und den politischen Kampf anerkennen, erklärt das Internationale Bureau:

Die englische Labour Party ist zu den internationalen sozialistischen Kongressen zuzulassen, weil sie, ohne ausdrücklich den proletarischen Klassenkampf anzuerkennen, ihn doch tatsächlich führt und sich durch ihre Organisation selbst, die unabhängig von den bürgerlichen Parteien ist, auf einen Boden stellt.“

Sodann wurde die politische Lage einer längeren Erörterung unterzogen, die zur Annahme folgender Resolution führte:

„Wir stellen fest, daß die englischen und deutschen Sozialisten durch ihre Solidaritätsverhältnisse für den Frieden, die französischen Sozialisten durch ihre Agitation gegen die französische Expedition, die deutschen Sozialisten durch ihren Gesetzentwurf über die Abschaffung des Militärischen Eintrags der „Internationale“ gearbeitet haben.“

Wir müssen aber trotzdem darauf hinweisen, daß die Gefährdung des Friedens fortbesteht, der imperialistische Kapitalismus in England weiter intrigiert, die französische Expedition und die damit verbundene Verleumdungskampagne fortgesetzt werden; im Balkan die Einmischung und die Aspirationen des Auslandes mehr als jemals und nur im Interesse des letzteren die nationalen und religiösen Bedrohungen aufzuheben; daß in den letzten Tagen durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und insbesondere die Annexion von Bosnien die Gefahr einer Störung des Friedens verschärft und nähergerückt ist; daß endlich überall die Komplote der Regierungen das Leben der Arbeiter in der Militärischen und der kapitalistischen Konkurrenz und die sozialen Mängel des Friedens bedrohen.

Demgegenüber erklärt das Internationale Sozialistische Bureau von neuem, daß die sozialistische Partei und das organisierte Proletariat die einzige Macht bilden, die wirksam für die Erhaltung des Friedens eintreten und daß sie es für ihre Pflicht halten, den Frieden zu sichern.

Das Internationale Sozialistische Bureau fordert die sozialistischen Parteien aller Länder auf, zur ausreichenden Anwendung der Resolution des Stuttgarter Kongresses, ihre Wachsamkeit, ihren Eifer, ihre Anstrengungen aus allerhöchster Anspannung, und es fordert ihre Parteimitglieder, ihre Parlamentarier, ihre Delegierten und ihre Delegierten auf, mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus die Mittel und praktischen Maßnahmen zu suchen, die je nach den jeweiligen besonderen Umständen am geeignetsten wären, den Frieden zu sichern.“

Die Macht der Käufer. Es steht ganz außer Zweifel, daß die Käufer, die Konsumenten, gegenüber den Kartellen und Syndikaten der Produzenten eine sehr starke Macht bilden können, vielleicht die stärkste auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens. Aber während der Zusammenstoß der Produzenten in Kartellen und Syndikaten schon erhebliche und teils sehr bedrohliche Fortschritte gemacht hat, ist von einer Organisation der Konsumenten noch wenig zu merken. Die Folge davon ist, wie die „Frankf. Htg.“ aufschreibend schreibt, daß die Kartellkartelle nur allzu oft sich ein tatsächliches Monopol verschaffen, das sie dann rücksichtslos ausnützen können, ohne daß ihnen ein ernstlicher Widerstand entgegensteht würde. Das muß nicht so sein; wo die Konsumenten sich zu einer Organisation zusammenschließen, um sich gegen die Übergriffe der Produzentenverbände zur Wehr zu setzen, da haben sie noch fast regelmäßig Erfolg gehabt, selbst schon gegenüber dem sehr mächtigen Kohlenkartell. Lieber einen solchen Fall erfolgreichen Widerstandes ist folgendes zu berichten:

Der Verband der Fabrikanten von Marcellinartikeln hatte in seinen Verkaufsbestimmungen den rigorosen Satz aufgestellt: „Derjenige Händler, der den festgesetzten Mindestpreis für ein e Marcellinartikelfür mehr als ein e, Mißgutes nicht einhält und unzulässige Vergünstigungen gewährt, wird vom Bezugs sämtlicher Waren sämtlicher Mitglieder ausgeschlossen.“ Dagegen hatte sich die

Großhändlergesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zur Wehr gestellt. Sie hatte vor einem Jahre die Mitglieder des Verbandes gelehrt und sämtliche der Großhändlergesellschaften angehörenden Konsumvereine führten, soweit es irgend möglich war, kein Fabrikat der Marcellinartikelfabrik. Jetzt hat die Einkaufsgesellschaft gefügt: Der Verband teilt mit, daß von den 44 Firmen seiner Abteilung B (Nahrungsmittel) etwa der fünfte Teil ausgetreten ist; darunter einige der größten. Alle diese Firmen sind aus dem Verbande ausgetreten, weil sie die Kundenschaft der Konsumvereine, die sie verloren hatten, nicht missen wollten oder konnten; denn die Millionen Mitglieder dieser Vereine sind kaufkräftige, konsumierende Publikum. Daß der Verband mit dem Austritt eines Fünftels seiner Mitglieder den Todesstoß erhalten hat, ist klar. So viel vermögen die Käufer, wenn sie die Organisation der Produzenten gleichfalls eine feste Organisation gegenüberstellen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit erneut nachdrücklich darauf hinweisen, wie sehr es im Interesse der Arbeiter liegt, sich den Konsumentenvereinen und ähnlichen gesellschaftlichen Organisationen anzuschließen. Der Wert solcher Organisationen wird leider in weiten Arbeiterkreisen noch verkannt oder nicht genügend gewürdigt. Ganz ohne Zweifel können Konsumvereine und neben der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation einen höchst wichtigen Faktor im Kampfe des arbeitenden Volkes gegen die prekäriale Wirtschaft und Ausbeutung. Deshalb soll jeder Arbeiter es sich aneignen sein lassen, sie zu unterstützen und nach Kräften zu fördern.

Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit fordert ein Antrag, den die Kartellkommission der Gewerkschaften Kölns an die Stadtverordneten gerichtet hat. Er umfaßt folgende Punkte:

1. Schnelle Finanzmaßnahmen städtischer Arbeiter zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
2. Bereitstellung ausreichender Mittel für Notstandsarbeiten.
3. Ausbau der von der Stadt mit jährlich 20 000 Mark dotierten, Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter, die den Arbeitlosen während der kalten Zeit des Jahres an die arbeitslosen Mitglieder Tagesgehälter gezahlt werden.
4. Einführung des sogenannten Winter Stems der Arbeitslosenfürsorge, wonach die Stadt einen Fonds bildet, aus dem, wenn die bestehenden Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen Zuschüsse aus ähnlichen Mitteln zu ihrer Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.

Die vorerwähnte Einrichtung besteht bereits seit einigen Jahren in Gröbenburg i. G. und hat sich dort durchaus bewährt. Schließlich fordert der Antrag die Einführung der Lohnskala in die zwischen der Stadt und den Uebernehmern städtischer Arbeiten abzuschließenden Verträge.

Soldaten machen den Bauarbeitern Konkurrenz! Dieser Auffassung erregende Fall hat sich in Dürrenburg ereignet, wo die Arbeitslosigkeit im Bauwesen nicht minder groß ist als in anderen Teilen des preussischen Staates und des Deutschen Reiches. In jener Gegend ist es Sitte, nach dem Oktoberfest mit dem Abbruch resp. Umbau von Wohn- und Geschäftshäusern zu beginnen. Mit der Aussicht darauf hatten sich die arbeitslosen Bauarbeiter getroffen. Da macht der Militarismus ihnen Konkurrenz! Wie aus der Garnisonstadt Altenburg gemeldet wird, besteht dort in militärischen Kreisen der Plan, zwecks praktischer Vertiefung der militärischen Übungen den Truppen Gelegenheit zu bieten, in den städtischen und ländlichen Ortschaften den Abbruch alter Gebäude und die Herstellung von Verteidigungswerken aus dem Abbruchmaterial auszuführen. Das Kommando der 3. Infanteriedivision hat bereits an die maßgebende Stelle das Schreiben gerichtet, die Vorgesetzten der abbruchfähigen Gebäuden zu veranlassen, diese für die genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen doch eine militärische Übungspraxis, die den Bauarbeitern das Brot nimmt, geradezu als eine unerhörte betrachten. Wir meinen, es ist unendlich viel richtiger und notwendiger, daß Arbeiter beim Abbruch von Unfallschäden Lohn und Brot finden, als daß Soldaten die Kunst der Zerstörung daran erlernen. Die Militärverwaltung wird in Reichstags darüber zur Rede gestellt werden.

Die Kulturfaktoren Kohle und Eisen.

Von Karl Frohme.

II.

Mit der Einführung des Dampfes als Betriebskraft und des Sieges der Steinkohle über die Holzkohle durch die Erfindung des Rudelprozesses findet die neue Zeit gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts ihren Abschluß. Die vierte Periode (neueste Zeit) beginnt. Sie ist charakterisiert durch die Herrschaft der Steinkohle, die großartige Verwendung der Dampfkraft, die Massenfabrikation, schließlich durch die Ausbreitung der Elektrizität für diese Produktion. In diesem Zeitabschnitte der Geschichte des Eisens stehen wir noch. Mehr als je zuvor bedingt und beherrscht das Eisen die Kultur, alles nationale Wirtschaftsleben und die Weltwirtschaft, den gesamten Völkerverkehr. Wer könnte der Erkenntnis und Würdigung der großen Aufgabe sich verschließen, daß das Eisen einer der wichtigsten materiellen Faktoren, wo nicht der wichtigste überhaupt ist, dem wir den Siegesgang menschlichen Genies und menschlicher Tatkraft in Technik und Wissenschaft, Industrie, Handel und Verkehr von Volk zu Volk zu danken haben! Im Laufe der Jahrhunderte, hauptsächlich im letzten, haben sich das Eisen immer mehr zu einem Faktor von einer in die Kulturentwicklung tief eingegriffenen internationalen Bedeutung gewandelt. Es hat des Zusammenwirkens der technischen Genies und der wirtschaftlichen Interessen aller zivilisierten Völker bedurft, um zu der hohen Stufe der Eisentechnik zu gelangen, die unsere Zeit charakterisiert.

Erzeugung und Verbrauch des Eisens haben mit der Entwicklung der materiellen Kultur gleichen Schritt gehalten. Der Aufschwung, den seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts der Verbrauch von Eisen auf der ganzen Erde genommen hat, ist ein ungeheurer. Die Eisenindustrie ist zu einer so vielfachen und weitzweigigen geworden, wie vergangene Zeiten wohl nicht gekannt haben. Mit Hilfe des Eisens führt die Technik ohne sonderliche Schwierigkeiten Werke aus, die man vor hundert Jahren noch für unmöglich hielt. Die Länder verbindet die durch Eisenentwürfe, losele Schiffe für den Weltverkehr erbaut ist aus Eisen; wahre Wunderwerke von gewaltigen Maschinen schafft sie; breite Ströme und Berggipfeln überbrückt sie mit eisernen Brücken; an die Stelle der Bauten von Holz und Stein setzt sie solche aus Eisen von riesigen Dimensionen, so zum Beispiel in Amerika Häuser bis zu zwanzig und mehr Stockwerken.

In welchem Maße der Eisenverbrauch der Erde seit dem Jahre 1800 zugenommen hat, ist aus zwei Ziffern zu ersehen: damals betrug er etwa 2 Millionen, ein Jahrhundert später aber das fünfzigfache, rund 100 Millionen metrische Tonnen.

Den sichersten Anhaltspunkt, aus dem sich auf den Umfang der Eisenindustrie schließen läßt, bietet die Hoheisenproduktion der Erde. Diese — die vom Eisenverbrauch zu unterscheiden ist — stieg sich im Jahre 1870 auf 12½ Millionen, 1875 auf 14 Millionen, 1880 auf 18½ Millionen, 1885 auf nahezu 20 Millionen, 1900 auf 41 Millionen und 1906 auf 58½ Millionen metrische Tonnen. Die gesamte Hoheisenproduktion der

Erde im letzten Jahrhundert ist auf 1100 Millionen Tonnen berechnet worden. Bis zum Jahre 1886 hatte in dieser Produktion England den Vorrang. Der ist ihm aber seitdem von den Vereinigten Staaten von Amerika in stetig wachsendem Maße abgezungen worden. England steigerte in dem zwanzigjährigen Zeitraum von 1886 bis 1906 seine Produktion von 7½ auf 10½ Millionen Tonnen. Die Vereinigten Staaten aber von 5½ auf 26 Millionen Tonnen. Der amerikanische Stahlmarkt, dem im Jahre 1907 Gesellschaften mit insgesamt 145 Werken angehörten, die reichlich 210 000 Personen beschäftigten, produzierte in jenem Jahre allein nahezu 11 Millionen Tonnen Hoheisen, über 13 Millionen Tonnen Angots, davon 5½ Millionen im Flammenherd und den Rest im Bessemerverfahren und 10½ Millionen Tonnen an gewalzten und anderen Fertigprodukten.

In dem Zeitraum von 1886 bis 1906 ist Deutschland (einschließlich Luxemburg) mit seiner Hoheisenproduktion England überholt worden; sie wurde in diesem Zeitraum von 8½ Millionen auf über 12½ Millionen Tonnen. Damit hat Deutschland im Jahre 1906 England sogar noch um nahezu 2 Millionen Tonnen übertroffen.

Es folgen Frankreich, Rußland, Österreich, Belgien, Schweden, Kanada, Spanien, Italien, Japan.

Die Eisenproduktion der einzelnen Länder ist ihrem Umfange nach nicht sowohl von ihrem Geographikum, als vielmehr von ihrem Kohlenreichtum abhängig. Spanien, obwohl der vorzüglichste Eisenproduzent der Welt, produziert doch nur einen kaum nennenswerten Teil von Eisen (im Jahre 1906 stieg

Die Lage im Orient ist noch völlig ungeklärt. Die Regierungen von England, Frankreich und Russland sollen sich darüber verständigt haben, eine Konferenz der sogenannten Schutzmächte nach Moskau einzuberufen, um den Streit auf dem Balkan zu schlichten. Das von den genannten Regierungen aufgestellte Programm gefällt aber der türkischen Regierung durchaus nicht, was sie durch eine Note an die Großmächte kundgegeben hat. Weiter weist die Note auf die militärische Bewegung in Bulgarien hin, die dazu führen müsse, daß auch die Türkei ihre Kriegsvorbereitungen beschleunige. Tatsächlich werden überall Kriegsvorbereitungen getroffen. Aus Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, wird berichtet, daß das Kriegsministerium die Einberufung aller Reservisten plane und daß Bulgarien gewillt sei, der Türkei den Krieg zu erklären, wenn diese ihre Forderungen nicht einstelle. Serbien dagegen rüft zum Kriege gegen Österreich. In Serbien wie in der Türkei werden österreichische Waren scharf boykottiert. Die Ausladung von Dampfern wird verhindert.

Die Anarchozustände an der Arbeit. In einer Versammlung der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften in Berlin, leitete sich ein anarchozuständlicher Wirtsoffizier, in dem er den nach seiner Beschreibung „unbegreifbaren Nachweis“ führte, daß die sozialdemokratische Partei schon seit 20 Jahren ihre Prinzipien und Grundzüge verlassen habe, indem sie bei allen wichtigen Fragen — Wahlen, Militärleistungen, Budgetbewilligungen etc. — ihr Programm völlig verliere und, durch Anlehnung an die bürgerlichen Parteien, mit diesen Hand in Hand gehe, nur zu dem Zwecke, sich ihre durch innere Zerfahrenheit und Prinzipienlosigkeit immer erfülltere Existenz zu erhalten; sie schwenke „mit vollen Segeln ins Lager der regierungsfreundlichen Parteien“.

Wir nehmen von diesem neuesten anarchozuständlichen Unfug Notiz. Es ist bedauerlich, daß es immer noch, wenn auch nur wenige Arbeiter gibt, die mit solch bildungsloser Hege gegen die Sozialdemokratie der Reaktion Dienste leisten.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperrn über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook), Lübeck (Sperrn über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Trittau (Sperrn über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meier in Möhnsen), Rendsburg (Sperrn über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), Geesthacht-Lauenburg (Sperrn über Basodow in Krummel, Grünhof, Tesperhude), Helgoland (Sperrn über die Firma Düren aus Godesberg a. Rhein);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrn über Thielke), Sülze (Sperrn über Holdorf), Ahrenshoop a. Fischland (Sperrn über Helms);

Brandenburg:

Fürstenwalde (Sperrn über Pötel), Jüterbog (Sperrn über alle Bauten des Unternehmers Lehmann aus Torgau, über Nienhoff und über Schäfer, Bau Militärs in Kaltenborn), Belzig (Sperrn über Meier aus Pernitz);

Ost- und Westpreußen, Posen:

Grande (Sperrn über Pick), Hammerstein (Sperrn über Kofahl und Karge), Osterode (Sperrn über Tössmann aus Mohrungen), Bromberg (Differenzen in Labischin);

Schlesien:

Märzdorf (Sperrn über Scheundel in Grobelwitz), Landeshut (Sperrn über Gg. Weinert);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse), Leutzsch (Sperrn über die Eisengießerei E. Becker & Co.), Saupersdorf b. Zwickau (Sperrn über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperrn über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), Grimma (Streik), Borna (Sperrn über Gebr. Naumann);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Kensberg (Sperrn über Bautmann aus Lützen), Merseburg (Sperrn über den Schulneubau in Schafstädt b. Leuchstädt), Weißenfels (Sperrn über die Unternehmer Menzel und Schmidt);

Thüringen:

Arnstadt (Sperrn über Grassler), Ronneburg (Sperrn über Kretschmar), Schlotheim (Differenzen);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipppe:

Stadthagen (Sperrn über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), Milsburg (Sperrn über die Zementfabrik „Germania“), Münster, Westerstede und Umgegend (Differenzen), Visselhövede (Differenzen), Nordham (Sperrn über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), Glesmarode (Sperrn über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), Grüssendorf (Sperrn über Thiele aus Lehre), Holzhausen (Sperrn über Ringe);

Hessen:

Rinteln (Sperrn über Ackemann in Oberkirchen und Ebbling in Vehlen), Grifte (Sperrn über Fröhlich aus Gensungen), Neu-Isenburg (Sperrn über Daniel Schäfer);

Westfalen und Rheinland:

Eilberfeld-Barmen (Sperrn über den Unternehmer Wipperfath aus Goresheide und über die Arbeiten der Firma Diedrich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Düsseldorf-Bonnath (Sperrn über Zensen), Kaiserswerth (Sperrn über die Bauten der Diakonissenanstalt), Castrop (Sperrn über Vollener), Minden (Sperrn über den Bau des Unternehmers Flöge in Berkausen), Herford (Sperrn über die Firma Köster);

Bayern:

Ansbach (Sperrn über Reuter);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperrn über Steidel), Mülhausen (Sperrn über Trapp, Entwässerungskanal), Strassburg (Sperrn über Schütler);

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperrn über Möhlenbruck & Matheis), Cöln und Düsseldorf (Sperrn über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Crefeld (Sperrn über die Firma Hilbing), Kiel (Differenzen);

Isolierer und Steinholzer:

Mannheim-Ludwigshafen (Sperrn über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Leipzig (Sperrn über die Firma Friedrich Wilhelm Krauss, Molkstr. 28);

Oesterreich:

Karlsbad, Zwag.

Aalborg. Feuerungsanlagen auf der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

Gau Berlin.

Die in Strassburg über die beiden Firmen Staubt und Schürbel verhängten Sperrn sind durch Vergleich erledigt worden. Beide Unternehmer erklärten sich bereit, den Lohn, 55 % zu zahlen. Leider muß konstatiert werden, daß sich einige Kollegen aus dem Nachbargebiet Bruchmühle durch Zeitungsausschnitte verleiten ließen, die Arbeit vor der endgültigen Entscheidung der Sperrn aufzunehmen. Diese alle arbeitswilligen werden sich vor ihrer fröhlichen Organisation zu verantworten haben.

Die Sperrn über den Unternehmer Brüg in Klausdorf ist als verloren zu betrachten. Es ist Brüg gelungen, einige Zeit langere Zeit arbeitslos zu bleiben, ist hier so eben ein Konflikt beigelegt worden, der zu schweren Differenzen hätte führen können.

Daselbst trifft für die Sperrn in Mittenwalde zu. Die arbeitslosen Kollegen aus Leipzig sowie aus den umliegenden Orten haben auf Ansuchen hin die Baustellen besetzt. Alle Ermahnungen, die Arbeit zu meiden, sind erfolglos geblieben.

In Belgiz führt der Unternehmer Meier aus Bernitz einige Bauten aus. Nachdem er den Bau eines Gefrierhauses welches als Mindestforderung erhalten hat, verläßt er jetzt seinen Verdienst dadurch herauszufinden, daß er die von ihm bisher gezahlten Löhne von 40 % auf 32 % pro Stunde reduzierte. Die Kollegen haben aus diesem Grunde die Arbeit eingestellt und die Sperrn über die Bauten des Meier verhängt.

Gau Bremen.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: An den Kaiserneubauten, Unternehmer Fellig, ist hier so eben ein Konflikt beigelegt worden, der zu schweren Differenzen hätte führen können.

Der Vorstand des Unternehmerverbandes hatte uns schon im Sommer angekündigt, daß er beim Innepus und Fügen die Affordarbeit einführen wolle, die sich bisher nur auf Fassaden, und da auch nur ausnahmsweise, beschränkte. Außerdem war, wenn doch einmal Innepus im Afford gemacht werden mußte, ein fester Preis üblich: 30 % für den Quadratmeter Wand- und 50 % für den Quadratmeter Deckenpus. Wir haben uns natürlich immer gegen jede Affordarbeit gewehrt, in der letzten Zeit um so mehr, da uns Affordarbeit vorgezogen wurde, die durch Afford doch nur begünstigt wird.

Nun wurden die an der Kaiserneubauten beschäftigten Kollegen seit einigen Wochen gedrängt, den Innepus in Afford herzustellen. Die Kollegen verneinten dies. Der Unternehmer Fellig hat aber den Bau als Mindestforderung zu einem Preise von 109 000 (nur Arbeitslohn), 60 000 billiger als der Höchstforderung, übernommen und versucht, unter allen Umständen einen Teil dieser Differenz aus den Knochen der Maurer herauszufinden. Als sich die Wilhelmshavener Kollegen fortgesetzt weigerten, die Arbeit in Afford zu übernehmen, wurden sie eines Tages, am 6. Oktober, durch die Mitteilung überrascht, daß Fellig die Arbeit an eine Hamburger Affordkolonne bezug, an einen in Wandseel wohnenden Zwischenunternehmer namens Wieland vergeben habe.

Die Wilhelmshavener Kollegen begn, der dortige Zweigvereinsvorstand luden dies zu verhindern. In einer Sitzung mit dem Vorstand des Unternehmerverbandes erklärte dieser jedoch, daß die Affordarbeit unter allen Umständen eingeführt werde; er werde die diesbezügliche Bestimmung des Tarifvertrages voll ausführen. Unsere Kollegen führten demgegenüber ins Feld, Herr Fellig bedürftige mit der Einführung der Affordarbeit zugleich den Lohn erheblich herabzusetzen; dies und die Heranziehung fremder Arbeiter sei eine Verletzung der Arbeitsbedingungen für die Wilhelmshavener Maurer, die dem Tarifvertrage nicht entspräche und gegen die sich der Verband mit aller Entschiedenheit wehren müsse. Der Zweigverein sei stets dafür eingetreten, daß seine Mitglieder gute Arbeit liefern und auch fleißig arbeiten. Aber zur Knochenmühle darf die Arbeitsstätte nicht werden. Das soll aber die Affordarbeit zu den von dem Unternehmer Fellig aufgestellten Bedingungen beschränkt werden. Alle Vorstellungen nützen aber nichts; die Unternehmer beharrten auf ihrem Willen, und die Hamburger waren da. Ein Appell an die Solidarität dieser Kollegen hatte ebenfalls keinen Erfolg; kurze ausweichende Redensarten waren die Antwort auf unsere Darlegungen.

Nunmehr legten sämtliche Wilhelmshavener Arbeiter an dem Kaiserneubau die Arbeit nieder. Das hatten die Unternehmer nicht erwartet. Fellig knüpfte neue Verhandlungen an, die dazu führten, daß den Wilhelmshavener Kollegen die Hälfte der Forderungen in Zagseln übertragen wurde. Unter diesen Umständen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Inzwischen hatten wir aber erfahren, daß die Hamburger für das Quadratmeter Wand- und Deckenpus nur 24 % bekämen; der Zwischenunternehmer verlangte von jedem 50 Quadratmeter als Tagesleistung. In Wilhelmshaven sind aber von den Unternehmern selbst 12 Quadratmeter Wand- und 12 Quadratmeter Deckenpus als eine gute Leistung festgesetzt worden bei neunstündiger

388 000 Tonnen), weil seine Kohlenproduktion äußerst gering ist (im Jahre 1906 kaum 3 Millionen Tonnen). Es führt deshalb seine Erze größtenteils nach kohlereichen industriellen Gebieten aus, namentlich nach England, Frankreich, Deutschland, Belgien und selbst nach Nordamerika. Daselbst gilt von Italien. Auch Schweden gibt einen großen Teil seiner vorzüglichen Erze an das Ausland ab, weil es Mangel an Eisenerz hat. Nur sein Waldreichtum setzt es in den Stand, den anderen Teil seiner Erze mit billiger Holzschiffen zu Kosien zu verbürten und in dieser Form zu exportieren. Belgien bietet ein hervorragendes Beispiel entgegengesetzter Art. Es gewinnt nur wenig Eisenerze (im Jahre 1906 etwa 1 1/2 Millionen Tonnen); sein Kohlenreichtum (1906 circa 23 1/2 Millionen Tonnen) aber befähigt es, eingeführte Eisenerze in großen Mengen zu verarbeiten und eine enorme Eisenindustrie zu betreiben.

In den alten Industrieländern des europäischen Kontinents, namentlich in England, Deutschland und Frankreich, ist die Eisenerzausbeute schon längst eine so intensive, daß sie einer nennenswerten Steigerung kaum noch fähig sein dürfte. Dagegen kann sie in Russland, Spanien, Schweden und Nordamerika noch bedeutend vervielfacht werden, zumal diese Länder noch gewaltige, nicht in Angriff genommene Erzgräber haben.

Nach den neuesten Untersuchungen soll der jetzt bekannte Erzreichtum der Erde zusammen etwa 9800 Millionen Tonnen betragen. Wenn das zutreffend ist, so würde infolge der Entwicklung der Industrie und der Technik bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Zeitpunkt eintreten, wo die jetzt bekannten Eisenerzgräber vollständig erschöpft

sein würden. Zur Produktion von 50 Millionen Tonnen Eisen sind etwa 100 Millionen Tonnen ergiebigen Eisenerzes erforderlich. Nimmt man eine durchschnittliche Jahresproduktion von 50 Millionen Tonnen Eisen an, so wäre der jetzt bekannte Erzreichtum in 98 Jahren vollständig ausgebeutet. Wer ohne Zweifel bergen weite Gebiete der Erde noch unentdeckte große Eisenerzgräber, so daß die Sorge, wie die Menschheit sich mit dem Eisenerzmangel abzufinden hat, noch nicht allzu drängen erscheinen mag. Kommen wird ja die Zeit, wo die Eisenerzschätze gleich den Kohlenflößen erschöpft oder auf ein belangloses Minimum reduziert sein werden, ohne Zweifel einmal. Diese Erwägung hat den Gedanken erweckt, ob Wissenschaft und Technik nicht zu einem Material gelangen können, das den kommenden Geschlechtern das Eisen, wenn auch nicht ganz, so doch in erheblichem Maße ersetzlich macht. Zu berücksichtigen ist auch, daß ungeheure Mengen des kostbaren Metalls seitver Verwendung fanden und noch finden für Zwecke, die einer fortgeschrittenen Kultur und Humanität im Rahmen der internationalen Solidarität nicht mehr entsprechen und deshalb notwendig überwunden werden müssen. Die kriegerischen Kämpfe der Völker sind gemeint, der Eisenverbrauch für die stehenden Heere, die Befestigungen, die Kriegsschiffe usw. Die Menschheit wird lernen müssen, die Schätze des Bodens einer planlosen Raubbauwirtschaft zu entziehen, ein Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen zu richten.

Die Eisenkultur hat im Laufe eines Jahrhunderts den allgemeinen Kulturfortschritt in einem staunenerregenden

Maße gefördert. Vornehmlich in ihr, in der Welt der Werkzeuge und Maschinen, hat der Mensch sich großartig bewährt als Beherrscher des Stoffes und der Kraft. Auf diesem Gebiete menschlichen Schaffens hat das Wort des Sophokles: „Nichts ist gewaltig, aber nichts ist gewaltiger als der Mensch“, seine höchste und bewundernswürdigste Bestätigung erfahren. Wesentlich mit der Eisenkultur haben die großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Revolutionen des neunzehnten Jahrhunderts und der Gegenwart ihre Begründung. Wie vor allen Dingen mit ihr es zuzuschreiben, daß die Welt vor eine neue große soziale Frage gestellt ist, vor die Arbeiterfrage. Die ihre Lösung finden muß und wird im Sinne der gerechten und erhabenen Prinzipien des demokratischen Sozialismus, das heißt im Sinne echter und wahrer Humanität im Rahmen einer alles umfassenden menschlichen Kulturgemeinschaft, die das Recht der Arbeit zu praktischer Geltung bringt. Nach diesem Ziele drängt die Entwicklung, nach ihm ringt die Arbeiterklasse aller Länder; sie will Arbeit, Kultur und Humanität zu einem einzigen festen Begriff verbinden. Unter schweren Kämpfen mit der Macht herrschender Sonderinteressen und irreduziblen Anschauungen vollzieht sich diese Entwicklung nach dem unabweisbaren Gesetz der geschichtlichen Notwendigkeit. Dieser Notwendigkeit zu genügen, ist die nicht hoch genug zu schätzende Aufgabe der Arbeiterorganisation. Bedeutsam in demselben Maße wie der Aufbau der Kulturarbeit muß die Organisation der Arbeiter werden, bahnbrechend für die große Kulturbewegung des aus dem dummer Selbstgeiz erwachenden Proletariats.

Arbeitszeit. Um die Arbeitszeit kümmerten sich unsere Hamburger freilich auch nicht, die einseitig abhängige Mittagspause verkürzten sie sofort auf eine Stunde.

Weitere Verhandlungen mit den Hamburgern machten diese wohl etwas zögernd, aber selbst eine Erklärung des Hamburger Zweigvereinsvorstandes, daß sie sich, inwieweit den Mitgliedsbeteiligten Beschäftigten zu liegen hätten, brachte sie nicht zu dem Entschluß, die Arbeit aufzugeben. Nun kam uns aber Herr Jellitz selbst zu Hilfe. Was wir immer behaupten, bekräftigte sich alsbald: die im Accord ausgeführte Arbeit war nicht so ausgefallen wie sie ist. Ein Teil des Putzes wurde beanstandet, und die Accordgeber bekamen statt 20,70 für dreitägige Arbeit nur die Hälfte des Betrages. Nun erklärten auch die Hamburger Kollegen, in welche Gefahr sie sich begeben hätten, und nun erklärten sie aus eigenem Antrieb, Sonntag resp. Montag abreisen zu wollen. Herr Jellitz tat ein übriges und machte am Sonntag mit seinem Zwischenunternehmer Wieland ebenfalls kurzen Prozeß. Wieland hat sich am Tage darauf mit Sad und Rad heimwärts gewandt.

Bemerkte ich noch, daß sich die Hamburger Kollegen durch Insuper haben hierher locken lassen. Sie hätten aber doch wissen können, daß wie überall, so auch in Wilhelmshafen Arbeitslosigkeit herrscht. Bei der heutigen Lage des Baugeswerbes ist es mehr denn je nötig, daß sich die Kollegen erst bei den Zweigvereinsverwaltungen erkundigen, bevor sie in anderen Orten Arbeit annehmen. Uns ist sonst jeder Kollege herzlich willkommen, der brüderlich mit uns arbeiten will. Zur Zeit können wir aber keinen Zugang brauchen. Auf alle Fälle werden wir uns aber stets dagegen wehren, wenn fremde Kollegen unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen.

Sau Breslau.

Aus Landeshut wird berichtet: Ueber die Bauten des Baumeisters Weiner ist am Montag die Sperre verhängt worden. Weiner gehört zu den Menschen, die immer auf ihr angebliches Recht als „Herr im Hause“ pochen, dabei aber jedes Recht der Arbeiter verneinen. Selbstherrlich glaubt er die Kasse festlegen zu dürfen, selbstherrlich will er darüber entscheiden, ob Mißstände vorhanden sind oder nicht. Die Arbeiter haben eben das Maul zu halten. Um einem etwaigen „Aufwiegler“ vorzubeugen, wurden Sonnabend, den 10. Oktober, zwei Maurer, Mitglieder unseres Verbandes, gemeldet; sie sollen etwas über die großen Mißstände auf dem Bau eines Baumeisterwohnhauses in die Öffentlichkeit gebracht haben. Weiner glaubte wohlgerne, damit unserem Verein einen Schlag zu versetzen, ihn womöglich zu sprengen. Es ist aber anders gekommen, der Herr Baumeister hat sich verreckt. Sämtliche bei Weiner beschäftigten Maurer erklärten sich sofortlich mit den Gewerkschaften und eine sofort anberaumte Versammlung beschloß mit 40 gegen 1 Stimme, über die Weinerschen Bauten die Sperre zu verhängen.

Sau Eöln.

Vom Zweigverein Eöln wird uns geschrieben: Einen Willkürakt, der keineswegs sucht, hat sich in Eöln die Firma Wipha & Co. gegen am Neubau des Oberlandesgerichts am Reichensbergerplatz gelistet.

Am 29. September verunglückte am besagten Bau der Kollege Abel so schwer, daß er am 6. Oktober starb. Die Beerdigung fand Samstag, den 10. Oktober, nachmittags statt. Am vorhergehenden Freitag und auch noch am Samstag Vormittag war es jedermann freigestellt worden, ob er sich an der Beerdigung beteiligen wollte oder nicht. Daraufhin hatten sich am Freitag Abend 175 Mann zur Beerdigung gemeldet, so daß man auf der Baustelle allgemein der Auffassung war, daß am Samstag Nachmittag die Arbeit vollstän dig ruhe. Eine Anzahl von Kollegen, namentlich die auswärtig wohnenden, hatten sich kein Mißgelingen mitgebracht; zwei Kollegen hatten sich sogar ihren Sonntagsanzug mitgebracht, um nicht mehr nach Hause gehen zu brauchen. Samstag Vormittag um 11 Uhr, also in letzter Stunde, sollte es nun mit einem Male anders werden. Die Firma hatte bestimmt, daß von jeder Kolonne, deren vier unter je einem Polier eingerichtet sind, nur vier Mann an der Beerdigung teilnehmen dürften. Außerdem konnten noch einige nähere Freunde und etwaige Verwandte des Verunglückten beurlaubt werden. Alle übrigen mußten arbeiten. Die Nichtbefolgung dieses Befehls sollte mit sofortiger Entlassung bestraft werden. Diese Drohe wollten die Kollegen kurz vor Mittag allen Verantwortlichen übermitteln. Das letztere wird aber bestritten. Nur ein Teil der Kollegen gibt an, von den Polieren gehört zu haben: Heute Nachmittag wird gearbeitet! Viele Kollegen haben gar nichts gehört, andere wieder haben nicht gehört, daß die Beerdigungsmaßnahme mit Entlassung bestraft werden sollte. Immerhin nahm nun die große Mehrzahl von der letzten Ehrenbegehung des Verunglückten Abstand. Außer den Deputationen beteiligten sich nur noch 17 Kollegen an der Beerdigung.

Als letztere am Montag früh auf der Baustelle erschienen, um die Arbeit fortzusetzen, wurde ihnen kurz mitgeteilt, daß sie entlassen seien. Ueber diese ganz unerhörte Maßregelung erhob sich natürlich ein Sturm der Entrüstung nicht nur bei den Entlassenen, sondern unter sämtlichen am Bau beschäftigten Kollegen. Es wurden sofort die Organisationsleiter benachrichtigt, die ihrerseits alsbald mit der Firma Verhandlungen anknüpften. Diese dauerten bis Mittag. Die Firma blieb aber auf ihrem Standpunkt und betonte, es würde keiner wieder eingestellt! Daß sich mit dieser Erklärung die Vertreter der Organisationen nicht zufrieden geben konnten, haben sie der Firma sofort mitgeteilt. Es fand dann in der Mittagsstunde eine Versammlung an Ort und Stelle statt, wo einstimmig beschlossen wurde, am Nachmittag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Diesen Beschluß haben sich dann sämtliche Kollegen, annähernd 200, vollzählig gefügt. Die Kollegen waren einstimmig der Meinung, daß die Arbeitseinstellung als eine Verletzung des Tarifvertrags nicht angesehen werden könne.

Am anderen Vormittag fand auf Veranlassung des Vorsitzenden der Mitgliederkommission auf der Baustelle Verhandlungen statt, die auch nachmittags noch fortgesetzt wurden. Hier wurde auch untersucht, in welcher Form die Poliere die Androhung der Entlassung verbreitet hatten und ob alle Beschäftigten davon unterrichtet sein konnten. Ein Polier, der schon Freitag mittag davon gerichtet haben will, konnte sich nicht mehr entsinnen, daß er gesagt habe, wer sich den Anordnungen nicht füge, werde entlassen. Er will aber die Leute auf eine unschöne Veranlassung verweisen haben, was ein Teil der Arbeiter aber nicht gehört haben will. Die anderen drei Poliere wollten jedem einzelnen es aber

ausdrücklich gesagt haben, daß sie entlassen würden im Falle der Teilnahme an der Beerdigung. Die Weisungsaufnahme ergab ferner, daß sich einer der Gewerkschaften ausdrücklich einschuldig hatte; der Polier gab dies an. Ein anderer der Gewerkschaften mußte zum Konsulat; auch dies war dem Polier bekannt. Vor allem wurde von den Kollegen — und nicht nur von den Gewerkschaften — aber bestritten, daß der Polier überhaupt bekannt geworden sei. Trotz alledem erklärten die Unternehmervertreter in der Kommission, daß seitens der Firma alles getan worden sei, was notwendig war und daß das Vorgehen der Arbeiter als ein Verstoß gegen den § 8 des Tarifvertrages, folglich als Vertragsbruch anzusehen sei. Die Arbeitervertreter befanden im Gegenteil, daß kein Vertragsbruch vorliege. Die Ursache der Arbeitseinstellung läge auf einem Gebiete, das kein Paragraph des Tarifvertrages regelt; der Vorwurf des Vertragsbruchs sei ganz ungenügend zurückzuweisen. Weiter wurde noch betont, daß man, wenn man hätte Vertragsbruch haben wollen, schon sehr häufig speziell auf dieser Baustelle dazu Anlaß gehabt hätte.

In den weiteren Verhandlungen, die ziemlich erregt und von den Unternehmern anfänglich gegen die Arbeiter geführt wurden, machten die Unternehmer den Vorschlag, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen und das Gewerbegericht darüber entscheiden zu lassen, ob die Leute zu Unrecht entlassen seien. Soweit dieses jetzt jeden einzelnen festgestellt würde, sollte er wieder eingestellt werden. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie einen solchen Vorschlag ihren Kollegen nicht empfehlen könnten, aber die Vermittlung, welche am gleichen Abend stattfand, mußte darüber entscheiden. Hierfür erklärten die Unternehmervertreter, falls das Angebot nicht angenommen werde, wahrscheinlich die Auslieferung, zunächst für Eöln und umgegend, anderen Tags beschließen würde.

Unsere Vermittlung leitete den Vorschlag der Unternehmer ab, was dem Vorsitzenden der Mitgliederkommission am selben Abend noch mitgeteilt wurde.

Mittwoch, den 14. Oktober, fanden dann unter dem Vorsitz des Obmannes der Schlichtungskommission, Herrn Waurat Schellen, abermals Verhandlungen statt, welche bis weit in den Abend hinein dauerten. Die Unternehmer beantragten, das Vorgehen der Arbeiter als einen großen Vertragsbruch zu charakterisieren und zu beschließen, daß die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen sei. Waurat Schellen hat die Unternehmer, ihren Antrag zurückzuziehen und darüber zu verhandeln, in welcher Weise die Differenz beigelegt werden könnte. Die Unternehmer hielten ihren Antrag jedoch anrecht, so daß nunmehr zunächst darüber in längerer Erörterung debattiert wurde, ob ein Vertragsbruch vorläge oder nicht. Die Arbeiter vertraten auch in dieser Verhandlung in eingehender Begründung den Standpunkt, daß kein Vertragsbruch vorläge. Der § 8 des Tarifvertrages für das Baugeswerbe regelt nur Verformung, die sich aus den einzelnen Bestimmungen desselben ergibt, aber keinen Streik, der wie der streikende auf privatem Gebiete liegt. Die Arbeiterorganisationen können sich unmöglich damit einverstanden erklären, daß solche Willkürakte der Unternehmer ruhig hingenommen werden müßten. Die Abwehr solcher unerhörten Maßregelung sei selbstverständlich.

Nach beiderseitiger Auseinandersetzung erfolgte dann der Spruch des Obmannes, der besagt, daß das Vorgehen der Arbeiter als großer Vertragsbruch anzusehen und folglich die Arbeit wieder aufzunehmen sei.

Man ging sodann zur Beilegung der Streitfrage selbst über und es kam nach längeren Verhandlungen zu folgendem Resultat: Die Arbeiter erkennen den Spruch des Obmannes an und verpflichten sich, die am Gewerbegericht anhängig gemachten Klagen wieder zurückzuziehen. Demgegenüber verpflichtet sich die Firma Wipha & Co., sämtliche entlassenen Leute wieder einzustellen und ferner, verpflichtet sich die Firma, keinerlei Schadenersatzansprüche aus dem Ansehen der Accordarbeit gegen die Arbeiter geltend zu machen.

Am denselben Abend befristete sich noch eine Versammlung mit der Angelegenheit, die der Vereinbarung zustimmte. Die Arbeit wurde am Donnerstag, den 15. Oktober, wieder vollständig aufgenommen.

Bemerkte ich schließlich noch, daß die Arbeitervertreter sowohl wie die Versammlung dem Spruch des Obmannes nicht zugestimmt haben, weil sie den Vorwurf des Vertragsbruchs anerkannten, sondern lediglich aus dem Grunde, um größere Differenzen zu verhüten. Hoffentlich bleibt nun der Friede gewahrt.

Sau Leipzig.

Vom Zweigverein Merseburg wird uns geschrieben: Am dem Schuttenbau in Schafstädt bei Lauchstädt haben am 9. Oktober 24 Kollegen die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer Kreschmann die fonderbare Meinung vertritt, für ihn gelte der Tarif nicht und er brauche deshalb statt 40 nur 35 1/2 Stundenlohn zu zahlen. Kreschmann gehört dem Unternehmerverband an. Noch merkwürdiger wird die Sache dadurch, daß der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Maurermeister Graul, dem Kreschmann zur Seite steht, indem er meint, er sei dem Verband erst nach dem Tarifabschluß beigetreten und sei folglich an die Abmachungen nicht gebunden. Wie uns haben diese Ansichten jedoch keinen Glauben gefunden. Ueber Kreschmann ist die Sperre verhängt worden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandskalender. Immer noch sind einige Zweigvereine mit den Kalenderbestellungen im Rückstand. Soweit sie überhaupt noch auf Kalender reflektieren, müssen die Bestellungen jetzt sofort abgegeben werden.

Das Verbandstags-Protokoll kommt in der nächsten Woche zum Vorschein. Von der Auflage ist noch ein Rest unbestellt, so daß schnelle Bestellung erwünscht ist. Das Protokoll ist 28 Druckbogen stark und wird zum Preise von 20 Pf. an die Mitglieder abgegeben.

Stiergeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Stierbeträge.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 12. bis 17. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:

Heinrich Gammann - Neustadt i. S. (Frank), Barb.-Nr. 90 802; G. Fingmann-Breslau, 17 798; Aug. Giese-Gannover (Frank), 41 013; Joh. Gieseler - Kiel, 38 602; Gustab Nagel-Templin, 112 912; Gust. Pinstau-Mühlendorf (Frank), 138 478; Otto Helm-Hamburg, 28 303; Joh. Wichard-Posen, 245 639; Th. Woss-Brandenburg a. M. (Frank), 21 448; Jol. Schymanski-Hohenstaufen (Frank), 226 644; Gust. Schmiedel-Breslau (Frank), 353 533; Jul. Wasse-Gannover (Frank), 363 819; D. Rumbel-Wiesbaden (Frank), 180 805; Karl Strebs-Strasbourg i. Elz, 302 437.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küller, Hamburg i. Hafenbühnenhof 56, zu adressieren. Je jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. bis 17. Oktober 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Angermünde 4. 288,08, Bismarck 172,55, Bismarck 145,98, Bismarck 134,07, Bismarck 92,21, Bismarck 800, Bismarck 908,95, Bismarck 205,29, Bismarck 92,37, Bismarck 90,42, Bismarck 183,14, Bismarck-Goeben 69,52, Bismarck-Goeben 61,20, Bismarck 354,31, Bismarck 70,56, Bismarck 28,48, Bismarck 28,22, Bismarck 116,75, Bismarck 24,22, Bismarck 113,96, Bismarck 53,48, Bismarck 613,75, Bismarck 24,22, Bismarck 158,96, Bismarck 92,75, Bismarck 1017,42, Bismarck a. Bismarck 658,29, Bismarck 360,64, Bismarck 237,40, Bismarck 163,64, Bismarck 159,58, Bismarck 148,48, Bismarck 113,63, Bismarck 6. Magdeburg 749,69, Bismarck 62,28, Bismarck 60,28, Bismarck 29,34, Bismarck 14,90, Bismarck 986,48, Bismarck 331,70, Bismarck 116,85, Bismarck 116,60, Bismarck 104,72, Bismarck 69,52, Bismarck 81,74, Bismarck 57,98, Bismarck 54,72, Bismarck i. Bismarck 43,68, Bismarck 750,52, Bismarck 370,64, Bismarck 273,10, Bismarck 253,24, Bismarck am Harz 241,10, Bismarck 214,54, Bismarck 192,90, Bismarck 125,96, Bismarck 51,40, Bismarck a. Bismarck 27,60, Bismarck 11,54, Bismarck 8,70, Bismarck 701,98, Bismarck 420,73, Bismarck 105,59, Bismarck 205,52, Bismarck 161,23, Bismarck 141,04, Bismarck 124,04, Bismarck 60,76, Bismarck 51,92, Bismarck 42,88, Bismarck 378,70, Bismarck 6,80, Bismarck 287, Bismarck 250,80, Bismarck 134,49, Bismarck 95,86, Bismarck 655,93, Bismarck 628,37, Bismarck 149,20, Bismarck i. Bismarck 32, Bismarck 247,56, Bismarck 265,58, Bismarck 229,91, Bismarck 196,86, Bismarck 154,54, Bismarck 67,66, Bismarck 26,64, Bismarck 9,60, Bismarck 1419,09, Bismarck 334,94, Bismarck 200, Bismarck 199,32, Bismarck 137,81, Bismarck 52,80, Bismarck 1207,40, Bismarck 169,32, Bismarck 99,37, Bismarck 51,20, Bismarck 119,70, Bismarck 108,93, Bismarck 187,93, Bismarck 69,60, Bismarck 116,92, Bismarck 60,78, Bismarck 431,63, Bismarck 382,01, Bismarck 194,05, Bismarck 150,79, Bismarck 183,20, Bismarck 88,38, Bismarck 755,81, Bismarck 41,13, Bismarck 112,76, Bismarck 155,14, Bismarck i. Bismarck 703,57, Bismarck i. Bismarck 432,75, Bismarck a. Bismarck 772,25, Bismarck 59,65, Bismarck 391,97, Bismarck 185,31, Bismarck 152,12, Bismarck 144,52, Bismarck 79,59, Bismarck 154,80, Bismarck 505,28, Bismarck 368,54, Bismarck 206,19, Bismarck 145,32, Bismarck 210,55, Bismarck 259,87, Bismarck 133,21, Bismarck 55,80, Bismarck 620,90, Bismarck 476,90, Bismarck 290, Bismarck 261,39, Bismarck 203,60, Bismarck 187,50, Bismarck 113,63, Bismarck 39,60, Bismarck 2,70, Bismarck 1115,20, Bismarck 68,66, Bismarck 324,41, Bismarck 221,92, Bismarck 191,57, Bismarck 146,74, Bismarck 88,86, Bismarck a. Bismarck 82,76, Bismarck 14,80, Bismarck 1101,88, Bismarck 744,19, Bismarck 593,06, Bismarck 297,59, Bismarck 278,95, Bismarck 131,97, Bismarck 69,89, Bismarck 45,66, Bismarck 580,18, Bismarck i. Bismarck 365,87, Bismarck 231,16, Bismarck 73,16, Bismarck 71,88, Bismarck 14,35, Bismarck 332,44, Bismarck 79,12, Bismarck 152,18, Bismarck 69,43, Bismarck a. Bismarck 66,50, Bismarck 60,74, Bismarck 3000, Bismarck 285,79, Bismarck 293,06, Bismarck 189,66, Bismarck 32,32, Bismarck 800, Bismarck 742,85, Bismarck 393,86, Bismarck 364,70, Bismarck 11,32, Bismarck a. Bismarck 113,16, Bismarck a. Bismarck 98,16, Bismarck 72,98, Bismarck 94,42, Bismarck 13,44, Bismarck 553,32, Bismarck 183,84, Bismarck 109,88, Bismarck a. Bismarck 26,34, Bismarck 214,93, Bismarck 161,80, Bismarck 16,36, Bismarck 197,57, Bismarck 183,70, Bismarck i. Bismarck 63,53, Bismarck 140,16, Bismarck 233,56, Bismarck 127,92, Bismarck 26,18, Bismarck 78,30, Bismarck 29,05, Bismarck 88,04, Bismarck 12,80, Bismarck 544,36, Bismarck 324,90, Bismarck 291,22, Bismarck 271,25, Bismarck 214,43, Bismarck 96,40, Bismarck 47, Bismarck 39,19, Bismarck 18,24, Bismarck 138,14, Bismarck 132,38, Bismarck 132,07, Bismarck 89,26, Bismarck 76,40, Bismarck 66,20, Bismarck 662,20, Bismarck 465,35, Bismarck 46,13, Bismarck 38,80, Bismarck 294,63, Bismarck 82,94, Bismarck 63,16, Bismarck 126,39, Bismarck i. Bismarck 363,47, Bismarck 590,54, Bismarck 952,39, Bismarck a. Bismarck 313,78, Bismarck 242,30, Bismarck 178,54, Bismarck 87,84, Bismarck 68,96, Bismarck 61,17, Bismarck 50, Bismarck 48,84, Bismarck 203,65, Bismarck 315,07, Bismarck 129,26, Bismarck 112,46, Bismarck 108,92, Bismarck 75,16, Bismarck 60,80, Bismarck 56, Bismarck a. Bismarck 1094,20, Bismarck 105,88, Bismarck 62,05, Bismarck 8,22, Bismarck 663,83, Bismarck 443,55, Bismarck 423,95, Bismarck 291,10, Bismarck 145,85, Bismarck 81,76, Bismarck 21,52, Bismarck 101,96, Bismarck 693,99, Bismarck 310,16, Bismarck 69,12, Bismarck 38,72, Bismarck 8,60, Bismarck 1022,56, Bismarck 749,17, Bismarck 359,41, Bismarck 199,38, Bismarck 304,50, Bismarck 259,58, Bismarck 179,56, Bismarck 159,28, Bismarck 80,74, Bismarck 80,07, Bismarck 191,36, Bismarck 138,28, Bismarck 61,82, Bismarck — 25, Bismarck 355,96, Bismarck 278,76, Bismarck 193,20, Bismarck 45,72, Bismarck 510,19, Bismarck 463,64, Bismarck 99,20, Bismarck 516,68, Bismarck 480,70, Bismarck 429,56, Bismarck 169,80, Bismarck a. Bismarck 99,14, Bismarck 367,82, Bismarck 146,60, Bismarck 124,60, Bismarck 49,10, Bismarck 33,90, Bismarck 159,80, Bismarck 153,24, Bismarck 652,79, Bismarck 604,48, Bismarck 364, Bismarck i. Bismarck 228,36, Bismarck 14,40, Bismarck 8,26, Bismarck 266,80, Bismarck 185,41, Bismarck 72,10, Bismarck i. Bismarck 639,32, Bismarck 322,37, Bismarck

lassung ist es auch, daß keine Abstellungsrichtung im Gebäude angedacht ist. Für die Arbeiter aller möglichen Betriebe dient der Fall aber wieder zur Warnung: alle Arbeiten an und in der Nähe im Betrieb befindlicher Transmissionsleitungen.

Reichenbach i. Schl. Bei dem Anbau am Melchiorer Brauhaus, den Baumeister Förster ausführt, versunglückte Sonntagabend, den 10. Oktober, zwei Maurer und ein Arbeiter infolge Zusammenstoßes des Gerüsts. Die Verletzungen waren bei einem der beiden Maurer so schwer, daß er sofort in ein hiesiges Krankenhaus überführt werden mußte. Das Gerüst bestand aus zwei übereinander stehenden Wölbegittern in einer Höhe von fünf Metern. Teilweise waren zum Ausgleich der Höhe noch Ziegel unter die Wölbegitter gelegt worden. Durch welche Umstände das Gerüst brach oder womöglich umstürzte, konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Submissionsblößen. Der Magistrat in Posen hat 75 000 km Bodenbewegung und Teilschachtung zur Herstellung von Baracken in Submission ausgeschrieben. Die niedrigste Forderung betrug M. 38 000, die höchste M. 120 000. Was sich der eine oder der andere dieser Submittenten bei der Abgabe seiner Offerte dabei gedacht hat, wird er wohl selbst nicht wissen; den Zuschlag hat sicher der Mindestfordernde verdient. Die Verwaltung sollte sich aber mindestens noch M. 38 000 als Kaution von dem billigen Jakob einfordern.

Das Baugewerbe in Berlin.

II.

Mag. Fraenkel, Inhaber des Baugeschäftes Joseph Fraenkel.

1. Ich bin der Ansicht, daß die Bauausführungen bei behördlichen und privaten Bauten in Groß-Berlin und den Vororten keineswegs als unzulässig angesehen werden können, denn nicht nur sind die polizeilichen Bestimmungen sehr streng, sondern auch die Kontrollen auf den Bauten werden stets ja gewissenhaft gehandhabt, daß es zu den seltensten Ausnahmen gehört, wenn Ungenauigkeiten und Unregelmäßigkeiten nicht beachtet werden.

2. Nach meinen Erfahrungen ist allerdings die Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit gegenüber früheren Zeiten geringer geworden; es ist aber schwer, hierfür bestimmte Gründe anzugeben.

In unserer, wie ich wohl ohne jede Übertreibung sagen darf, alten und angesehenen Firma, lebt noch die Erinnerung an die „gute alte Zeit“, in der die Arbeiter mit volstem Interesse zu ihrem Meister gehalten haben und sich gewissermaßen als Mitglieder einer großen Familie fühlten. Dieser innere Zusammenhang ist leider heute nicht mehr vorhanden. Grund hierfür sind die vollständig veränderten Lebensbedingungen und die Ablenkungen und Anregungen, welche die Großstadt Berlin zeitigt.

Es ist hierbei allerdings nicht zu verkennen, daß der Arbeiterstand auch gebildeter und intelligenter geworden ist, als er früher war; aber das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Arbeiter und Meister ist geschwunden, und es wird noch länger Arbeit bedürfen, um wieder einen wenigstens äußeren Zusammenhang herzustellen, der ja meiner Meinung nach für ein gedeihliches Zusammenarbeiten von ungeheurer Bedeutung ist.

3. Was meine Meinung über die Affordarbeitern betrifft, so stehe ich zunächst grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es einzig und allein richtig wäre, die Arbeiter im allgemeinen in Afford zu vergeben, weil nur dadurch ein pünktliches Eingehen der Termine und eine gleichmäßige Betätigung der eigenen Kräfte sich ermöglichen läßt. Der Unternehmer kann meiner Meinung nach sich nichts Besseres wünschen als im Afford zu arbeiten, weil er dadurch gewissermaßen sich selbst kontrolliert und ebenso auch seinen Verdienst selbst bestimmt. Der Unternehmer kann wiederum seine Kalkulation genau aufstellen, er muß allerdings, damit er gewissenhaft und solid liefern kann, auf eine umfangreiche Kontrolle bedacht sein, was namentlich im Anfang nötig sein wird, solange nämlich die Affordarbeit noch zu einer mehr oder weniger vereinzelten Arbeitsmethode gehört. Je länger und ausgiebiger die Maurerarbeiten im Afford vergeben werden, und je mehr sich die Arbeiter an Affordarbeit gewöhnen haben werden, werden sich auch die Kontrollen leichter und billiger gestalten, weil bei gleichmäßiger Verteilung der Arbeit der einzelne Mann nicht mehr das Bestreben haben wird, minderwertig und leichtfertig zu arbeiten.

Über auch wenn die Affordarbeiten allgemein eingeführt werden, wird es doch noch einzelne Arbeiten geben, die nur im Lohn ausgeführt werden können, ein Umstand, der jedoch im großen und ganzen von untergeordneter Bedeutung ist.

4. Ein Urteil über die Aussichten der allgemeinen Lage des Baugewerbes für die kommende Zeit zu fällen, ist eine heikle Sache, da ja niemand von uns in die Zukunft blicken kann.

Baumeister Georg Gestrif, Inhaber des Baugeschäftes Herm. Gestrif:

„Daß bei dem Aufbau des teilweise eingestürzten Neubaus schwere Fehler begangen sind, erscheint mir zweifellos. Sonst hätte der Einbruch überhaupt nicht erfolgen können; denn äußere Einwirkungen haben ihn nicht herbeigeführt. Soweit ich feststellen konnte, war die Ausführung sehr mangelhaft. Hieraus nun aber die Berechtigung herleiten zu wollen, die gesamte Berliner Bauwirtschaft zu diskreditieren, ist eine ganz unzulässige Verallgemeinerung.“

1. Es kann nicht im entferntesten davon die Rede sein, daß in Berlin „die Bauausführungen bei behördlichen, privaten und auf Spekulationsbauten als unzulässig bezeichnet werden können“. Im Gegenteil, sowohl was Güte der Materialien als auch Zuverlässigkeit der Ausführung und des Einbaues derselben anbelangt, haben sich die Verhältnisse in Berlin in den letzten Jahren erheblich verbessert.

2. Damit komme ich schon auf Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit unserer Arbeiter. Die Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse hat unter dem Einfluß eines belagerten politischen Terroris-

mus leider eine ganz schiefe Richtung genommen. Das darunter das persönliche Verhältnis der Arbeiter zum Arbeitgeber gelitten hat und ebenso die Arbeitsfreudigkeit, das ist ganz zweifellos; aber man muß es dem Arbeiter doch zu seinem Lohne nachsagen, daß seine Geschicklichkeit sowohl in bezug auf die Güte wie Menge der Leistung sich mehr und mehr beträchtlich gehoben hat. Natürlich spielt der „gute Wille“ dabei eine große Hauptrolle. Doch auch hierüber ist im allgemeinen jetzt nicht zu klagen.

3. Werden die Leute nun nach Affordarbeiten gelöhnt, so treten im gegenseitigen Verhältnis gegen die Lohnarbeit Momente hinzu, die der Arbeitgeber sehr aufmerksam berücksichtigen muß. Darauf habe ich schon früher bei geeigneten Gelegenheiten mehrfach hingewiesen, als ich die größere Aufnahme der Affordarbeit empfahl. Ich habe damals sehr energisch betont, daß die Anforderung an die Ausführung durch Einführung der Affordarbeit sich mit einem Male ganz erheblich steigert, besonders wo größere Ausführungen in Betracht kommen. Es wird etwa die zwei- oder dreifache Zahl an Aufsichtspersonen benötigt, und diese Leute müssen dann sehr tüchtig in Beurteilung der Qualität der Leistungen und sehr energisch sein: Wo aber eine solche Aussicht geibt wird, ist gegen die Affordarbeit nicht das geringste einzuwenden; im Gegenteil: wer fähig ist, solche Aussicht durchzuführen, wird die Affordarbeit immer bevorzugt müssen.

4. Ein Urteil über „die Aussichten der allgemeinen Lage des Baugewerbes für die kommende Zeit“ abgeben zu wollen, scheint mir reichlich kühn zu sein.

Baumeister Louis Lachmann:

1. Die bekannten Berliner Baufirmen haben stets die Bauausführungen bei behördlichen, privaten und Spekulationsbauten in solidester Weise hergestellt. Wegen hierüber sind mir nicht bekannt. Dagegen gibt es in Berlin Bauunternehmer, die von der Hand in den Mund leben und welche von Terrain-Spekulanten Aufträge erhalten, ohne daß sie weder technisch noch kaufmännisch genügend gebildet sind. Derartige Unternehmer haben in Berlin und besonders auch in den Vororten schlecht und unzulässig gebaut. Die baupolizeilichen Vorschriften und die von der Baupolizei und von anderen Behörden vorgenommene Revisionen reichen nicht aus, um diese unzulässigen Bauausführungen zu verhindern.

Eine gute Bauausführung setzt voraus, daß technisch ausgebildete Fachleute dieselbe dauernd beaufsichtigen, und daß kaufmännisch geschulte Leute die finanziellen Schwierigkeiten der Bauausführung übersehen und beseitigen. Es ist ausgeschlossen, daß eine Kontrolle der Behörden einen Mangel in dieser Hinsicht ersparen kann. Das bauliche Publikum hat deshalb die Verpflichtung, vorerst über die technische und kaufmännische Bildung des Unternehmers Erkundigungen einzuziehen, um vor Schaden bewahrt zu werden.

2. Die Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit der Bauarbeiter ist seit einem Menschenalter nicht geringer geworden; sie liegt aber auf nicht auf der Höhe. Es ist jedoch anzunehmen, daß in dieser Hinsicht die Schlichtungskommissionen, welche aus Mitgliedern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehen, in Zukunft Erfriehliches erwirken werden.

3. Die Affordarbeit im Baugewerbe hat sich glänzend bewährt. Ein Zeichen, daß die tüchtigen Bauarbeiter Affordarbeiten geworden sind. Die Bauten, welche mit Affordarbeitern ausgeführt wurden, besonders in letzter Zeit, haben noch zu keiner Klage Anlaß gegeben.

4. Die Aussichten der allgemeinen Lage für das Baugewerbe scheinen für die aller nächste Zeit in Berlin nicht günstig zu sein. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich im Laufe eines Jahres die Verhältnisse ganz erheblich bessern werden.

Baumeister Wittling, in Firma Wittling & Gölzner:

1. Die Bauausführungen Berlins können weder bei behördlichen noch bei privaten oder Spekulationsbauten als unzulässig bezeichnet werden. Die baupolizeilichen Vorschriften sind viel zu scharf und werden viel zu streng gehandhabt, als daß eine unzulässige Bauweise Platz greifen könnte. Man sollte sich hüten, einen Eingriff zu veranlassen. Einzelfälle unzulässiger Bauausführung werden immer und überall zu finden sein und sich nicht eher einschränken oder ganz vermeiden lassen, bis Vorzüge getroffen wird, daß Leute, die weder theoretisch noch praktisch ausreichend vorgebildet sind, manchmal sogar nicht einmal die elementarsten Kenntnisse besitzen, sich als „Bauleiter“ begeben. „Bauunternehmer“ berufen fühlen und nun aus Unkenntnis oder in gewinnlicher Absicht die größten Unterlassungstünden begehen.

2. Die Arbeitsleistung sowohl, als auch die Arbeitsfreudigkeit der Bauarbeiter ist gegen früher zweifellos geringer geworden, und zwar ist namentlich die letztere fast vollständig verschwunden. Der Grund liegt wohl in der Hauptfache darin, daß die Arbeiterkraft durch die sozialdemokratische Partei angezogen, deren Tendenz die Unzufriedenheit der Arbeiterkraft erhöht und somit auch die Arbeitsfreudigkeit herabsetzt. Früher war der Arbeiter stolz auf eine wirklich gute Leistung in seinem Handwerk und waren alle jungen und schwächeren Kräfte bemüht, den besseren nachzutun, wosiegender heute dieses Streben durch den festgesetzten Normallohn fast vollständig unterbunden worden ist. Der fleißige Arbeiter erhält denselben Lohn, wie der faule, schlechte Arbeiter, ja im Gegenteil, er wird noch von seinen Genossen angehalten, die Durchschnittsleistungen nicht zu überschreiten. Befindet sich wirklich einmal ein Arbeiter am Bau, der nicht der Partei angehört, so wird er von seinen organisierten Kollegen so lange drangaliert, bis er entweder Mitglied der Partei wird oder die Arbeit niedersetzt; eine andere Wahl bleibt ihm nicht. Aus nabelngebenden Gründen tritt wohl meistens der letztere Fall ein. Galt ein solcher Mann noch einige Arbeitsfreudigkeit, und leistete er etwas, so muß er sich in jedem Jahr große Beschämung auferlegen und darf vor allen Dingen die Normalleistungen nicht

überschreiten. Daraufhin wird er von seinen Kollegen scharf kontrolliert.

3. Die Affordarbeit im Baugewerbe bleibt noch immer der Zukunft überlassen; gegenwärtig ist dieselbe, mit Ausnahme von einigen Spezialarbeiten, noch nicht allgemein gebräuchlich. Es wäre aber gut und würde die Herstellungskosten der Bauten wesentlich vermindern, wenn die Affordarbeit erst allgemein durchgeführt wäre. Die Einführung der Affordarbeit würde meines Erachtens keine große Schwierigkeiten machen, wenn die Parteileitung der Arbeiter sich hiermit einverstanden erklären würde. Dies ist aber nicht der Fall, und somit wird es wohl noch recht lange bei dem einheitlichen Bestreben der Arbeitgeber, die Affordarbeit allgemein eingeführt zu sehen, bleiben.

4. Ein einigermaßen zutreffendes Urteil über die Aussichten der allgemeinen Lage des Baugewerbes für die kommende Zeit abzugeben, ist recht schwer.

Hof- und Amtszimmermeister Max Vartsch:

1. Meine Ansicht ist, daß die bestehenden Vorschriften genügend sind und daß größtenteils auf Privat- sowie auf Spekulationsbauten ordnungsgemäß gearbeitet wird.

2. Nach meiner über 30jährigen Erfahrung hat die Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit in ganz bedeutender Weise nachgelassen.

3. Die Affordarbeit ist bei Maurerarbeiten unbedingt zu billigen, wenn die Maurerunternehmung eines Meisters und eines guten Poliers steht; dieselbe ist aber zu verwerfen, wenn ein sogenannter Bau-schwindler sich eine Polonne Affordmaurer anrühmt und nur darauf gesehen wird, so schnell wie möglich das Haus hochzubringen. Dann kann man allerdings sagen, hier muß Einhalt gesetzt werden; bei Zimmerarbeiten ist wohl eine Affordarbeit nicht angängig, namentlich nicht bei Stützbaugewerken, beim Ausbau ist dies wohl eher möglich.

4. Es werden demnach die Hypothekenbanken wohl daran denken müssen, Baugelder und Hypotheken wieder herauszugeben.

Hermann Wolf, Staatsmaurermeister und vereidigter Sachverständiger:

1. Das Urteil einer ungeschickten und minderwertigen Leistung einer Bauausführung trifft nur da zu, wo die Beaufsichtigung und Lieberwachung der Bauarbeiten nicht in den Händen von Fachleuten liegt.

Werden diese Arbeiten von geprüften Handwerksmeistern ausgeführt, die ihren guten Namen und Aufschluß und wahren, so mangelt es auch nicht an der hinreichenden Sorgfalt, die darauf notwendigerweise zu verwenden ist.

Werden Bauarbeiten für Behörden, oder für Private mit strenger Aufsicht ausgeführt, und werden diese Arbeiten an Handwerksmeister von gutem Ruf übergeben, dann sind die Arbeiten in besser Ausführung erfolgt.

Um eine gute Arbeit zu erlangen, reichen die bestehenden Vorschriften vollkommen aus.

Aufgabe des Aufsichtspersonals ist es aber, daß von ihrem Recht ausreichend Gebrauch gemacht wird.

2. Was die Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit betrifft, so sieht es in dieser Beziehung recht bedauerlich aus. Jeder Geselle oder Gesülfe hat heute das Bestreben, so wenig wie nur möglich zu leisten, und was er leisten muß, tut er höchstens mit Widerstreben. Von einer Arbeitsfreudigkeit kann heute nicht mehr die Rede sein.

An diesen betrieblernen Zuständen tragen leider die Parteiführer der Arbeiter die Schuld.

3. Die Affordarbeit muß in jeder Weise unterstützt werden, weil dadurch der Arbeiter seine Selbstständigkeit, wonach der gute Arbeiter strebt, erlangt und so sein Interesse für seine persönliche Leistung wachst. Bei guter Aufsicht wird der Affordarbeiter auch gute Arbeit liefern. Der Affordarbeiter gehört zu den Besten in seinem Hand, und ist gern bereit, den Afford zu übernehmen, weil er sich seines Wertes als guter Arbeiter wohl bewußt ist.

4. Aussichten für Besserung an der Börse sind vorhanden. Man rechnet im allgemeinen mit besseren wirtschaftlichen Verhältnissen im nächsten Frühjahr und auch das Baugewerbe wird davon seine Vorteile haben.

Aus anderen Berufen.

F. P. R. Französischer Gewerkschaftskongress. Marseille, 19. Oktober. Der Kongress der französischen Gewerkschaften, der hier vom 5 bis 10. Oktober tagte, ist eine neue Etappe auf dem Wege zur Auffindung einer gemeinsamen Kampfmethodik und zur Sammlung der Arbeiterklasse in starken Organisationen. Was den Gewerkschaften fehlt, was ihnen aber zur wirksamen Führung ihres Kampfes unerlässlich ist, die innere taktische Einheit, war auch auf dem Kongress in Marseille die große Streitfrage, die alles andere in den Hintergrund drängte. Diese taktische Einheit ist in Marseille nicht gefunden worden, was auch keineswegs zu erwarten war. Trotzdem kann man von diesem Gesichtspunkte aus mit dem Resultat der Verhandlungen zufrieden sein.

Der Kongress stand vor allem unter dem verhängnisvollen und zugleich einigend wirkenden Einfluß der Regierungshetze gegen die Gewerkschaften, die deren Führer ohne Schuld beweis während des Kongresses in Unterdrückungshaft hielt. So wurde Kritik an der Geschäftsführung des Kongresses nicht ausgesprochen, und selbst die Forderung des reformistischen Flügelns erklärten sich mit der allgemeinen Aktion des Kongresses einverstanden, lediglich aus dem Gefühl der Solidarität mit den Eingekerkerten heraus. So kam es auch, daß der erste Teil des Kongressabschlusses von den mehr als 400 Delegierten, die 1118 Syndikate und 284 Arbeitsbüros und Verbände vertraten, einstimmig angenommen wurde. Nur 109 weiße Stimmzettel wurden abgegeben. Lediglich über die zukünftig zu beschachtende größere Vorrichtung der Massennationen kam es zu einer kurzen und lebhaften Debatte.

Zwei Gegenstände waren es, die den Kongress vornehmlich beschäftigten, und bei denen es zu großen prinzipiellen Debatten kam: die internationalen Beziehungen und die

Antimilitarismus. Beide Fragen sind eng verknüpft mit der inneren Politik der französischen Gewerkschaften.

Es ist bekannt, daß die französische Konföderation seit dem Beschluß der Konferenz der Gewerkschaftszentralen in Amsterdam, Verhandlungen über die Politik von den Konferenzen auszu-schließen, nur mehr rein formell dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist. Es war die Forderung der Konföderation, den Antimilitarismus, den Generalstreik und den Achtundentag auf die Tagesordnung der Konferenzen zu setzen, die tiefen Beschluß herbeiführte. Der Gewerkschafts-kongress in Amiens hatte beschlossen, daß die Konföderation aufs neue verlangen sollte, diese drei Punkte auf die Tages-ordnung zu setzen, und wurde von der Erfüllung dieser Forde-rung die Teilnahme an der Konferenz abhängig gemacht. Die Konföderation war diesem Beschluß nicht nachgekommen, was sehr scharf kritisiert wurde. Wenn die Haltung des Komitees trotzdem gebilligt wurde, dann geschah dies nur, um die ein-geleiteten Mitglieder nicht zu desavouieren.

Nun hat man inzwischen eingesehen, daß eine Diskussion der vorgelegten Fragen auf einer Konferenz von Landes-sekretären nicht angängig ist, sondern daß dazu ein interna-tionaler Kongress allein kompetent ist. Da aber die Mehrheit der Gewerkschaften Frankreich zur Zeit die Teilnahme an den interna-tionalen Sozialistenkongressen ablehnt, wurde das Verlangen gestellt, neben diesen noch allgemeine internationale Gewerkschaftskongresse einzuberufen, wo die Frage des Antimilitarismus ufm. beraten werden soll. Nach einer sehr heftigen und langen Debatte wurde folgende Resolution mit 722 gegen 444 Stimmen, die auf die Vinderheitsresolution einfließen, ange-nommen:

Der Kongress stellt fest, daß die Beziehungen mit dem Sekretariat niemals gebrochen werden und bezeichnet den Widerspruch der Konferenz von Christiania, die unter Ver-tenkung des konföderalen Organismus und unter dem un-richtigen Vorwande, daß die Vorschläge der französischen Kon-föderation ihres politischen Charakters wegen von der Konferenz der Gewerkschaftszentralen nicht diskutiert werden können, die gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs auffordert an der politischen Aktion einer Partei teilzunehmen, um diese Vorschläge zu diskutieren.

In der Erwägung, daß die internationalen Konferenzen, einzig aus Gewerkschaftsbeamten zusammengelegt, nicht der genauen Ausdruck der Ideen und Bestrebungen der inter-national vereinigten Arbeiter sein können, daß außerdem das Programm, das sie sich gestellt haben, und wovon sie erklärt haben, unter keinem Vorwande abzuweichen, den Gewerkschafts-zentralen nicht das nötige Interesse bieten, welche die zu ihrer Teilnahme nötigen Opfer rechtfertigen,

beschließt der Kongress nichtsdestoweniger seinen glühenden Wunsch, die internationalen Beziehungen wirksamer und enger zu gestalten. Er erinnert an die Resolution von Amiens, die er verabschiedet, dem konföderalen Komitee den Auftrag zu erteilen, die Einladungen zu erwidern, indem es verlangt, auf die Tagesordnung der Konferenz die Frage internationaler Arbeitskongresse zu setzen, wo die Bestrebungen fortgesetzt würden, um die Fragen zu prüfen, deren Diskussion bisher systematisch vermieden wurde.

Damit hat sich die sozialistische Mehrheit eine Brücke gebaut, um aus der unhaltbar gewordenen Situation heraus-zukommen. Einen ähnlichen Maßzug traten die Sozialisten in der Frage des Antimilitarismus an. In der mit 681 gegen 421 Stimmen angenommenen Resolution ist vom Anti-patriotismus keine Rede mehr — angeblich, weil er nicht auf der Tagesordnung stand. Danach soll die Auffassung der Arbeiter vom internationalen Gesichtspunkt aus betrieben werden, damit sie im Kriegsfall „auf die Kriegserklärung mit der Erklärung des revolutionären Generalstreiks antworten.“ Zu erwähnen wäre noch, daß nach unverständlicher Debatte die proportionale Vertretung wieder mit 741 gegen 383 Stimmen verworfen wurde. Wenn die Diskussion über die Arbeitszeit-verfägung und die Bekämpfung des Boykotts auch ziemlich konfus waren, so kann doch im allgemeinen ein Fortschritt in der Abklärung der Mittel und des Zieles konstatiert werden.

Polizei und Gerichte.

Streikführer. Vor dem Schöffengericht in Kirz-berg hatten sich am 7. Oktober der Maurer Hermann Kramer und der Sandarbeiter Paul Schmidt, beide aus Kirchberg, wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung zu verantworten. Als Zeugen traten der 29-Jahre alte Maurer Karl Martin Reissner aus Oberföhringgrün, der 17 Jahre alte Sandarbeiter Brühner aus Süßengrün und der 22 Jahre alte Sandarbeiter Paul Josef Weber aus Wärenwalde auf. Alle drei Zeugen haben während des Streiks der Bauarbeiter am Fabrikneubau Mühlberg, wel-chen der Bauunternehmer Berger aus Schönheide aus-führte, als „Arbeitswillige“ gearbeitet. Den beiden Ange-klagten wird nun zur Last gelegt, am 29. Juli d. J. mit noch mehreren anderen unerkannt gebliebenen Personen die benannten Zeugen abends von der Arbeit weg zwischen Sauerbruch und Hartmannsdorf angefaßt und nach kurzem Wortwechsel gemeinschaftlich durchgeprügelt zu haben. Während Schmidt überhaupt bestreitet, dabei ge-wesen zu sein, gibt Kramer zu, dem Reissner zwei Ohr-feigen verabreicht zu haben. Aber nur deshalb, weil er auf die Frage, ob er morgen wieder als „Arbeitswilliger“ arbeite, antwortete: „Das geht dich einen Dreck an.“ Zeuge Reissner weiß nur, daß er geschrieen worden ist. Jene beiden Schmerzen und Folgen hat er nicht davon gehabt. Zeuge Brühner hat gesehen, daß einer erst den Reissner und dann den Weber verhaften hat. Wer, weiß er nicht angegeben. Beim Ausreiß haben sie ihn nur die Hosentasche aufgerissen. Wer dies getan hat, weiß er auch nicht angegeben.

Während die beiden ersten Zeugen nicht genau wissen, wer geschlagen hat, auch den Angeklagten Schmidt nicht gesehen haben, will Weber den Schmidt ganz genau er-kannt haben.

Nach Beendigung der Zeugenvernehmung stellt der Vorsitzende des Gerichts zunächst fest, daß die Zeugen Strafamttag gestellt haben wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hält in seinem Plädoyer die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Nach der Aussage Webers sei es erwiesen, daß Schmidt doch dabei war und bestraft deshalb für beide Angeklagte eine hohe Strafe.

Der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Reichsner ist gegenwärtiger Meinung. Er hält die Mittäterschaft Sel-mrichs für nicht erwiesen und beantragt dessen Freisprechung. In Bezug auf Kramer gibt er zu bedenken, in welcher Er-regung derselbe sich damals mit der genannten Bauarbeiter-schaft Mühlbergs befunden habe. Er bittet deshalb für Kramer um die geringste Strafe. Nach kurzer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Schmidt wird frei-gesprochen, Kramer dagegen zu vier Wochen Ge-fängnis verurteilt.

Verschiedenes.

Die öffentliche Bibliothek und Leschale in Berlin, bisher Alexandrinenstr. 26, ist am 1. Oktober d. J. in das eigene Heim, 80, Albalstr. 41, übergezogen; die Wiederaufnahme des vollen Betriebes (Ausleihbibliothek und Leschale) hat Mittwoch, den 21. Oktober, stattgefunden. Das Institut wird wie bisher an den Wochentagen von 5 bis 10 Uhr abends, an den Sonn- und Feiertagen von 9 bis 11 Uhr und von 3 bis 6 Uhr zu unentgeltlicher Benutzung geöffnet sein. Die Ausleihbibliothek umfaßt zur Zeit 18 000 Bände. Im Lesesaal stehen 534 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung und eine Nachschlagebibliothek von 1550 Bänden dem Publikum zur Verfügung.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 3 des 27. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Balkanfrage. — Nationalpsychologie oder Klassenkampf? Von R. Krogh. — Die Präsidentenwahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten. Von Migneron Rec. — Die zweite Denkschrift über die Beschäftigung der Arbeitslosen und die Arbeiter. Von Paul Lange (Hamburg). — Ein Arbeiter über die Arbeiterbildung. Von Franz Höpfer. — Leipziger Wohnungs-fragen. Von M. Külich (Leipzig).

Das Ergänzungsheft Nr. 4, welches dieser Nummer be-gegeben ist, enthält: Eine Geschichte der Kriegskunst. Von F. Wehring.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 1 des 19. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der vier-teljährliche Abonnementspreis ohne Postgebühr 55 Pf.; unter Kreuz-band 85 Pf. Jahresabonnements M. 2,60.

Briefkasten.

N. 199, G. A. Es ist uns nicht bekannt, daß irgendwo von einem Hausverkauf eine Umzugssteuer zu zahlen wäre. Jedenfalls ist es keine Staatssteuer; es können also nur örtliche Abgaben in Betracht kommen, aber deren Höhe und von wem sie zu leisten sind, wir keine Auskunft geben können.

G. B. 100. 1. Der überlebende Ehegatte erbt, wenn Ab-kündigung des Erblassers vorhanden sind, zu einem Viertel, leben die Eltern oder Großeltern des Erblassers noch, zu Hälfte. War das Vermögen, das die Frau bei ihrer Ver-ehehlung mitbrachte, eingebracht Gut oder Vorbehaltsgut der Frau, behandelt Vätergemeinschaft oder nicht? Alle diese Fragen müssen erst beantwortet werden, bevor wir über die weitere Frage betriebliche Auskünfte erteilen können. 2. Hat der Eigentümer des Nachbargrundstücks über die Grenze gebaut, ohne daß ihm Vorlag oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt, so hat der Nachbar den Ueberbau zu dulden, es sei denn, daß er vor oder sofort nach der Grenzübersteigerung Widerspruch erhoben hat. Der Nachbar ist durch eine Geldrente zu en-schädigen, die jährlich im Voraus zu entrichten ist. Im übrigen gelten für Bauausführungen landes-eigentliche Vorschriften, über die wir Auskunft nicht erteilen können.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweig-vereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Freienwalde. Der Kassierer wohnt jetzt: Brunnens-trasse 28. [M. 60]

Der Maurer **Ad. Prissing**, Buch-Nr. 91 594, wird ersucht, seine Adresse an den Vorstand des Zweigvereins **Gleichheit** einzusenden. Um die gleiche Nachricht werden eben-falls die Verwaltungen anderer Zweigvereine ersucht. [M. 1,20]

Delitzsch.

Sonntag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr:

Herbstbergnügen
im „Lindenhof“

bestehend in Konzert und Ball

Die Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3,60] Der Vorstand.

Zweigverein Kolmar i. Pos.

Sonntag, den 24. Oktober: [M. 2,10]

Herbstbergnügen.

Um zahlreichere Beteiligung ersucht. Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbands-mitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 14 Pf.)

Altenburg. Am 14. Oktober starb der Kollege **Arno Fiedler** aus Ziegenrichen nach langer Krank-heit an Lungenerkrankung.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Am 18. Oktober starb nach langem Leiden unser Kollege **August Graszynski** im Alter von 47 Jahren an Lungenschwindsucht. — (Sektion der Bager.)

Am 16. Oktober starb unser Mitglie **Ernst Paritschke** im Alter von 62 Jahren an Herz-lähmung.

Breslau. Am 16. Oktober starb nach langer Krankheit unser treuer Verbandskollege **August Fietz** im Alter von 55 Jahren.

Friedrichshagen. Am 19. Oktober starb plötzlich unser Kollege **August Müller** im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.

Gnesen. (Zweigverein Posen.) Am 8. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Mitglie und Ver-trauensmann **Johann Pichocki** im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung und Nephra. Trotz jahre-langer Krankheit und fortgesetzter Mäßigkeit hat der Verstorbene stets für die Interessen der Arbeiter-schaft agitiert und gekämpft.

Göhringhausen. Am 4. Oktober starb infolge eines Sturzes von der Leiter unser treuer Verbandskollege **Joh. Hagenau** im Alter von 26 Jahren.

Hannover. Am 16. Oktober starb infolge Unfalles unser Kollege **August Kurth** im Alter von 28 Jahren.

Karlshagen. Am 17. Oktober starb unser Verbandskollege **Karl Draxler** im Alter von 56 Jahren an Magenleiden.

Lübeck. Am 16. Oktober starb unser langjähriger Mit-glief **F. Vogler** im Alter von 48 Jahren an Herzleiden.

Münster. Am 10. Oktober verschied nach langem schwerem Leiden unser Verbandsmitglied **Albert Laine** aus Bismarck im Alter von 28 Jahren an Schwindsucht.

Schneidemühl. Am 10. Oktober schied unser Kollege **Paul Hoffmann** in geistiger Umnachtung frei-willig aus dem Leben.

Strasburg i. G. Gries. Am 9. Oktober starb an den Folgen eines Unfalles unser Kollege **Karl Krebs** im Alter von 27 Jahren.

Wernigerode. Am 18. Oktober starb unser Kollege **Karl Scharrot** infolge eines Schlaganfalles. Ehre ihrem Andenken!

Anruf!

Die unterzeichneten, kielbesorgten Eltern ersuchen auf diesem Wege ihren Sohn, den Maurer **Carl Wih. Ahlers**, doch endlich über seinen Aufenthalt Nachricht zu geben. Der-selbe ist am 13. September 1887 in Diepholz (Sambor) geboren, trat im Jahre 1905 dem Deutschen Maurerverbande bei und gab Ende Dezember d. J. aus Sanderburg (Insel Alsen) die letzte Nachricht nach Hause.

August Ahlers, Buchbinder,
Bant (Oldb.), Kaiserstr. 29.

[M. 3,80]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 25. Oktober.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „Zentralhalle“. Gäste mitbringen.

Hof. Vorm. 10 Uhr bei Biermann. Restaurant „Rogart“. Z.-D.: Quartals-berrechnung und Berichtes.

Ingelheim. Beim Gastwirt Jean Adrian, „Zum Gartenfeld“.

Kroppenstedt. Nachm. 4 Uhr beim Gastwirt Wille.

Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im Weinstock. Referent anwesend.

Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr in Schkeuditzer Restaurant. Z.-D.: Bericht vom Verbandstage.

Donnerstag, den 29. Oktober.

Pinneberg. Abends 8 Uhr bei Ledebur. Z.-D.: Gründung einer Zaf-stelle der Zentralkassenkasse.

Sonntag, den 31. Oktober.

Würzburg. (Zementzuer.) Abends 8 Uhr im „Osten“.

Sonntag, den 1. November.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Rotenberg. Z.-D.: Bericht des Delegierten von der Gaukonferenz. Referent mitbringen.

Züllschau. Nachm. 3 Uhr. Referent anwesend.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 25. Oktober.

Elrich. Abends 8 Uhr im „Schönerhaus“. Z.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Berichtes.

Frankfurt a. d. O. Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Quartals-berrechnung, verschiedene wichtige Sagen.

Sonntag, den 1. November.

Nowawes. Nachm. 4 Uhr bei Singer. Z.-D.: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Kassenangelegenheiten.

Sonntag, den 8. November.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16. Z.-D.: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Berichtes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.